

*Volles Selbstbestimmungsrecht für Frauen
Gegen den Terror der Abtreibungsgegner*

Eine Broschüre der Sozialistischen LinksPartei
Österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale

*Volles Selbstbestimmungsrecht für Frauen
Gegen den Terror der Abtreibungsgegner*

3. völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage, März 2004

*Autorinnen (in alfabetischer Reihenfolge):
Barbara Fröschl, Sonja Grusch, Claudia Sorger*

*Coverdesign: Harald Mahrer
Layout, Satz und Umbruch: Harald Mahrer*

*Fotos: Roman Seidl
Titelfoto: Claudia Sorger*

Impressum:

Herausgeberin, Verlegerin & Medieninhaberin: Sozialistische LinksPartei, Kaiserstr. 14/11, 1070 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, Druck: Eigenvervielfältigung

Einleitung

Die radikalen AbtreibungsgegnerInnen befinden sich in der Offensive. Seit Jahren terrorisieren die AktivistInnen von "Human Life International" (HLI) tagtäglich Patientinnen und Personal von Abtreibungskliniken und Arztpraxen. Der Terror geht sogar so weit, dass Kliniken in ihrer Existenz bedroht sind und einzelne ÄrztInnen den Rückzug überlegen. Auch vor kriminellen Methoden schrecken die radikalen AbtreibungsgegnerInnen in ihrem "Krieg gegen die Tötungsanstalten" wie sie selbst ihre Aktivitäten beschreiben, nicht zurück. Österreich scheint in den letzten Jahren eines der Schwerpunktländer der radikalen Pro-Life Bewegung geworden zu sein. Kein Wunder, da sie hier die optimalen Bedingungen für ihre Aktivitäten vorfinden: Tatkräftige Unterstützung durch höchste Vertreter der katholischen Kirche und den ideologischen Rückhalt der blau-schwarzen Regierung.

Die Sozialistischen LinksPartei tritt seit dem "Marsch fürs Leben" 1997 gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen auf. Seit damals organisieren wir Protestkundgebungen und Diskussionsveranstaltungen zu diesem Thema und dokumentieren die Aktivitäten des "Pro Life"-Netzwerkes. Seit 2001 führen wir diese Kampagne auch zur Verteidigung der "Lucina"- Frauenklinik in Wien, die zu einem der Hauptangriffsziele der radikalen AbtreibungsgegnerInnen geworden ist. Im Rahmen dieser Kampagne organisieren wir seit Anfang 2001 jeden Monat Kundgebungen vor der Lucina-Klinik, um gegen die HLI-"Gebetszüge" zu demonstrieren und sind seit Jahren gegen die Umzüge von "Jugend für das Leben" in Wien, Salzburg und Graz aktiv.

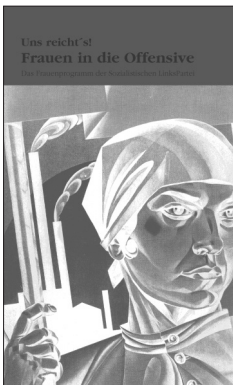
Im Laufe dieser Kampagne wurde auch die SLP zu einem Angriffsziel von Human Life International. Der Chef von HLI reichte eine Klage wegen übler Nachrede gegen Claudia Sorger, Frauensprecherin der SLP, ein. Doch der Schuss ging nach hinten los, denn im Rahmen dieses Verfahrens konnten wir ausführlich beweisen, dass man die Methoden von HLI als Terror bezeichnen kann (das Urteil liegt erst in erster Instanz vor und ist damit noch nicht rechtskräftig). Durch die Klage erhielt die Kampagne gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen natürlich zusätzliche Brisanz. Es war wichtig, zu zeigen, dass wir uns von einer Klage nicht vom Kampf für Frauenrechte abhalten lassen. Wir traten verstärkt in der Öffentlichkeit auf und bekamen neben mediale Resonanz in Radiosendungen, Fernsehauftritten und Zeitungsartikeln vor allem auch Unterstützung von Frauen jeden Alters.

Für die SLP ist es wichtig die Frage des Schwangerschaftsabbruchs mit der sozialen Situation von Frauen zu verbinden. Der Sozialabbau der letzte Jahre trifft vor allem Frauen. Nicht alle, die in der Frauenbewegung aktiv sind,

vertreten die gleichen politischen Inhalte. Die Motive, etwa die Wut über Sexismus, oder die Ziele sind oft sehr ähnlich. Aber das politische Programm und die Methode sind oft unterschiedlich. Die SLP steht für eine sozialistische Frauenpolitik. Für uns ist der Kampf gegen die Benachteiligung von Frauen untrennbar mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbunden.

Organisationen wie HLI streben ein Verbot und damit eine Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs an, der seit 1975 in Österreich straffrei ist. Wir sehen den Vorstoß der radikalen AbtreibungsgegnerInnen als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Rückschritts. Es wird wieder verstärkt versucht, Frauen raus aus der Erwerbsarbeit und hinein in ihre Rolle als Mutter und Hausfrau zu drängen. Gleichzeitig verbreiten PolitikerInnen wie Elisabeth Gehrler ("Kinder statt Partys") eine reaktionäre Familienideologie. 30 Jahre nachdem die Fristenlösung im österreichischen Parlament beschlossen wurde, ist es notwendig, dieses Frauenrecht gegen die Angriffe radikaler AbtreibungsgegnerInnen erneut zu verteidigen.

Die vorliegende Broschüre ist im Zuge unserer Kampagne "Stoppt die radikalen Abtreibungsgegner! Frauenrechte verteidigen!" entstanden und soll die Hintergründe des Konfliktes um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch aufzeigen. Die Methoden der international agierenden Anti-AbtreibungsterroristInnen werden darin ebenso beschrieben wie die Verbindungen zu katholischer Kirche und Parlamentsparteien. Diese Broschüre soll aber nicht nur zur Information dienen, sondern auch die Notwendigkeit des Widerstandes gegen die Vorstöße der radikalen AbtreibungsgegnerInnen aufzeigen. Unsere Kampagne gegen den Terror von Pro Life wird weitergehen, denn das Recht auf freie Entscheidung lassen wir uns nicht nehmen. Und dazu brauchen wir auch Deine / Ihre Unterstützung.



Jetzt bestellen!

Uns reicht's!
Frauen in die Offensive
Das Frauenprogramm der SLP

13 x 21 cm, 72 Seiten, EUR 6,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!

Der lange Kampf für die Fristenlösung

Die Entkriminalisierung der Abtreibung war von Beginn an eine der Forderungen der sozialistischen Frauenbewegung. Eine Streichung des Abtreibungsparagraphes 144, der aus maria-theresianischer Zeit stammte, wurde bereits in den 1920-er Jahren von Sozialistinnen gefordert, da die Arbeiterinnen am meisten darunter zu leiden hatten: Sie waren es, die in Gefängnisse kamen oder bei illegal Schwangerschaftsabbrüchen starben. Der §144 sollte geändert und ein Schwangerschaftsabbruch ohne Bestrafung ermöglicht werden. In der ArbeiterInnenbewegung gewannen die Forderungen nach Frauenbefreiung und für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch an Bedeutung. Der Schwangerschaftsabbruch war allerdings in der ArbeiterInnenbewegung keineswegs unumstritten, Sozialistinnen mussten sie oft auch gegen Männer in der eigenen Organisation durchsetzen. Der Umgang mit diesem Recht war und ist ein Gradmesser für die Entwicklung einer Organisation bzw. einer Gesellschaft. Der russische Revolutionär Leo Trotzki meinte zur Abtreibung: "Eben deshalb hatte die Revolutionsmacht der Frau das Recht auf Abtreibung gebracht, das, wo Not und Familienjoch bestehen, eines der bedeutendsten politischen und kulturellen Bürgerrechte ist, was darüber auch die Eunuchen und alten Jungfern beiderlei Geschlechts sagen mögen." Nach der Russischen Revolution 1917 war Russland das erste Land der Welt, in dem Abtreibung legalisiert wurde. Mit der Entartung der Revolution und der Machtübernahme durch die stalinistische Bürokratie, wurde diese Errungenschaft 1936 allerdings wieder abgeschafft. In den stalinistischen Staaten hing die Position zur Abtreibung mit der Bevölkerungspolitik zusammen.

In Österreich zog sich in den 70er Jahren die heftige Debatte um die Fristenlösung emotionsgeladen durch alle Parteien, die SozialdemokratInnen traten für eine Liberalisierung ein - von kirchlicher und konservativer Seite wurde diesem Vorstoß vehementer Widerstand entgegengesetzt. So ging die Volkspartei im Herbst 1971 mit der Ankündigung, sie werde sich auch in der kommenden Diskussion um die große Strafrechtsreform, so wie bisher zum "unbedingten Schutz des ungeborenen Lebens" bekennen. Im Wahlkampfprogramm wurde weiters unter Punkt 4 "Schutz des ungeborenen Lebens und medizinisch gesicherte Familienplanung"¹ sowohl die soziale Indikation als auch die Ausweitung der medizinischen Indikation abgelehnt. Auch innerhalb der Sozialdemokratie herrschten unterschiedliche Positionen: So trat die Frauenvorsitzende der SPÖ Herta Firnberg zu Beginn der Diskussion lediglich für eine Liberalisierung des §144 ein, während z.B. Ga-

brielle Traxler vom ÖGB 1971 auf einer Enquete des Bundesfrauenkomitees für eine Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten argumentierte. Zu einem schließlich gemeinsamen Eintreten der SozialdemokratInnen in dieser Frage dürfte auch der bevorstehende Wahlkampf bzw. die massive Mehrheitsbildung zugunsten der Fristenregelung beigetragen haben. Am 1. Jänner 1975 trat die Fristenlösung schließlich in Kraft.

Eine der wichtigsten Gruppen im Kampf um die Fristenlösung abseits der SPÖ war die Aktion Unabhängiger Frauen (AUF), um die sich die autonome² Frauenbewegung formierte. Sie wurde 1972 von Mitgliedern des "Aktionskomitee zur Abschaffung des §144", verschiedener Frauengruppen sowie unorganisierten Frauen gegründet. Für die damaligen Aktivistinnen der AUF konnte es im Kapitalismus keine Befreiung der Frauen geben, worin sie sich deutlich von den SPÖ-Frauen unterschieden. "In diesem auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhenden System kann die Mehrheit der Frauen höchstens gleichberechtigt sein. Doch das heißt, genauso unterdrückt wie die Mehrheit der Männer zu sein" und "Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern kann im Kapitalismus nur eine Gleichberechtigung mit den Klassengenossen sein. Die wirkliche Gleichberechtigung - verstanden als Emanzipation des Menschen - ist daher nur in der klassenlosen Gesellschaft möglich."

Die wichtige Forderung einer "Abtreibung auf Krankenschein", die die autonome Frauenbewegung aufstellte, um auch ärmeren Frauen eine sachgemäße Abtreibung zu ermöglichen, wurde von den sozialdemokratischen Frauen abgelehnt. Hertha Firnberg argumentierte dies folgendermaßen: "Die sozialistischen Frauen können auf keinen Fall die Bezahlung der Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen verlangen. Es kann nicht mehr verlangt werden als das Gesetz geschaffen hat. Es darf uns nicht nachgesagt werden, dass wir diejenigen sind, die weniger Kinder haben wollen, sondern dass wir Frauen in Notsituationen helfen wollen."³ Hinzu kam, dass die Konsequenz einer Kostenübernahme im Abtreibungsfall die Einführung kostenloser Verhütungsmittel gewesen wäre, wovon die SozialdemokratInnen ebenfalls zurückschreckten.

Nach wie vor bedeutet ein Verbot der Abtreibung, dass Frauen sich einer gesundheitlichen Gefahr aussetzen müssen. Jahr für Jahr sterben weltweit noch 200.000 Frauen an nicht fachgemäßen Abtreibungen - und das nicht zuletzt dank der Vatikan-Politik und seinen "Lebensschützer"-Truppen.

Doch auch, wenn die gesetzliche Grundlage gegeben ist, wird es Frauen oft schwer gemacht, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. In einigen Bundesländern wie z.B. in Vorarlberg haben es Frauen schwer, ÄrztInnen zu finden, die den Eingriff durchführen. Die Fristenregelung wird

nicht in allen öffentlichen Krankenhäusern angeboten (außerhalb von Wien nur in zwei Krankenhäusern zu einem "marktüblichen" Preis) . Einige Spitäler führen Abtreibungen nur in eingeschränktem Ausmaß durch z.B. nur aufgrund medizinischer oder sozialer Indikation. So bleibt vielen Frauen der Weg nach Wien nicht erspart. In den meisten Bundesländern sehen die zuständigen LandespolitikerInnen keinen Handlungsbedarf, so meinte z.B. die Gesundheitsreferentin LHStv. von Niederösterreich Heidemaria Onodie (SPÖ) es bestehe "kein Bedarf" Schwangerschaftsabbrüche ähnlich wie in Wien verstärkt in Krankenhäusern anzubieten.⁴

Auch gibt es in Österreich keine Kostenübernahme, im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern, wo die Kosten ganz oder zum Teil von den Krankenkassen oder anderen Einrichtungen übernommen werden. Außerdem sind die Preise für eine Abtreibung weit über dem europäischen Durchschnitt.

Die Fristenlösung, die durch den Druck der Frauenbewegung durchgesetzt wurde, bedeutete einen enormen Fortschritt. Es muss uns aber bewusst sein, dass dieses Recht mit einer einfachen Mehrheit im Parlament wieder rückgängig gemacht werden kann. Auch wenn es in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation nicht wahrscheinlich ist, dass die Fristenlösung abgeschafft wird, so ist denkbar, dass das Recht auf Schwangerschaftsabbruch zumindest eingeschränkt werden kann. Die Aussagen einiger Regierungsmitglieder gehen in diese Richtung. So könnte es den Frauen schwerer gemacht werden, wenn eine Trennung zwischen beratendem und behandelndem Arzt eingeführt wird oder wenn wie Minister Haupt vorschlug, der Mann ein Mitspracherecht bekommen soll.

Die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit ist. Die Leiterin der Lucina-Klinik berichtete, dass immer wieder Frauen in der Klinik anrufen, die glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch in Österreich noch illegal ist. Abtreibung ist nicht als Recht definiert sondern im Rahmen der Fristenlösung lediglich straffrei gestellt. Es steht nach wie vor Strafgesetzbuch. In einigen Bundesländer besteht in keinem einzigen Spital die Möglichkeit einen Schwangerschaftsabbruch vor nehmen zu lassen. Die Erfüllung der Forderungen "Abtreibung auf Krankenschein" und Abtreibungsmöglichkeiten in allen Bundesländern, sind unerlässlich, um allen Frauen unabhängig von Wohnort und Einkommen die Inanspruchnahme ihres Rechts zu gewährleisten.

1 Mesner, Maria, Frauensache, S. 198

2 "autonom" im Sinne von abseits der traditionellen Parteistrukturen

3 Mesner, Maria, Frauensache, S. 241

4 dieStandart.at, Im Vergleich: Restriktive Haltung in vielen Bundesländern, 24.Jänner, 2003

Human Life International: Chronologie des Terrors

Seit der Einführung der Fristenlösung in Österreich gibt es von konservativer Seite Protest dagegen. Ab Mitte der 90er begannen sich die radikalen AbtreibungsgegnerInnen in Österreich zu formieren. 1997 organisierte "Ja zum Leben" gemeinsam mit der CSA (Christlich-Soziale Allianz) erstmals in Österreich einen "Marsch für das Leben", der mit einer Abschlussmesse im Wiener Stephansdom endete. Im selben Jahr wurde das sogenannte "Lebenszentrum" von Human Life International in der Postgasse beim Ambulatorium am Fleischmarkt eröffnet. Seit damals entsenden die radikalen AbtreibungsgegnerInnen täglich Posten zu den Kliniken, um dort Frauen zu terrorisieren. Seither wurden mehrere so genannte "Lebenszentren" eröffnet, die "Gehsteigberatung" intensiviert, die Räumlichkeiten, in denen sich die Klinik "Lucina" (vormals Mairo) befindet, gekauft und eine Kündigungsklage eingereicht, um so den Betrieb dieser Klinik massiv zu stören.

DER GANZ NORMALE WAHNSINN VOR DEN KLINIKEN

In aggressiver Weise werden Patientinnen beim Betreten von Kliniken belästigt und sind einem Spießrutenlauf ausgesetzt: Die "Pro-Life"-AktivistInnen stellen sich ihnen in den Weg und versuchen ihnen Flugblätter aufzudrängen. Frauen werden als Mörderinnen beschimpft, teilweise aufgehalten, HLI-AktivistInnen drücken ihnen Propagandamaterial und kleine Plastikembryonen in die Hand. Auf Schautafeln müssen PatientInnen übergroße, tote, 7 Monate alte Embryonen betrachten, die mit einem Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Schwangerschaftswoche nichts zu tun haben. Den Frauen wird geraten, zu beten "damit die Schuld erlassen wird". Auch das Klinikpersonal leidet unter diesem Psychoterror: Schon mehrmals wurden MitarbeiterInnen von Kliniken bedroht, sie werden regelmäßig gefilmt und fotografiert. Zusätzlich zur "Gehsteigberatung" veranstalten die HLI-AktivistInnen monatliche Gebetsprozessionen zu Klinik, wo sie dann für die "ermordeten Kinder" beten. HLI setzt auf eine Einschüchterungstaktik, zu der die tagtäglichen Belästigungen ebenso gehören wie der Kampf gegen die Fristenlösung auf politischem und juristischem Weg.

HARMLOSE CHRISTEN? GEWALTTÄTIGE FUNDAMENTALISTEN!

In den vielen Jahren, in denen die HLI-AktivistInnen tätig sind, kam immer wieder zum Vorschein, dass sie in ihren Methoden nicht zimperlich sind.



EINIGE BEISPIELE:

Patientinnen wurden festgehalten, Plastikembryos und Flugblätter wurden in Autos geworfen. Im Jahr 2000 warf sich einer der Aktivisten vor der Lucina-Klinik auf die Knie und schrie, dass er die Klinik in die Luft sprengen wird. Die Leiterin der Klinik hörte das und erstattete Anzeige bei der Polizei. Das Auto eines Arztes wurde fotografiert.

Frauen, die in die Klinik gingen wurde gesagt, dass dort reihenweise Frauen ins Spital eingeliefert werden müssen, dass sie verbluten, dass das Personal stiehlt und lügt, dass die Angestellten Mörder sind. Es wurden Listen geschrieben, wann wer die Klinik betritt. Auch Autokennzeichen wurden immer wieder fotografiert.

Den Frauen wird gesagt, dass sie Brustkrebs bekommen, dass sie Mörderinnen sind. Es wird gesagt "bitte Mama, töte dein Kind nicht", "du sollst hinter Gitter kommen und sterben, genauso wie dein Kind". Während den Frauen Plastikembryonen vors Gesicht gehalten werden, wird gesagt: "schau dir diese Puppe an, töte dein Baby nicht". In der Gerichtsverhandlung gegen die SLP-Frauensprecherin sagte eine ehemalige Patientin der Lucina-Klinik aus, dass sie vor der Klinik von HLI-AktivistInnen abgepasst worden war. Diese Leute gaben sich nicht als HLI-AktivistInnen zu erkennen, sondern erklärten ihr, dass der Schwangerschaftsabbruch in der Postgasse stattfinden würde (dort befindet sich ein HLI-Lebenszentrum). Dort wurde sie insgesamt 2 Stunden in einem Raum eingesperrt, wo ihr ein Propaganda-Video aufgenötigt wurde. Während dieser zwei Stunden wurde sie psychisch unter Druck gesetzt, es wurde ihr immer wieder gesagt, dass sie ihr Baby nicht töten soll.

Frauen werden bewusst belogen, um sie unter Druck setzen zu können. So inserierte HLI regelmäßig in den Gelben Seiten mit dem Text "Ungeplant schwanger? Kostenloser Test bei Beratung über Schwangerschaftsalternativen - Addam's Frauen Zentrum - Ihre Gesundheit und Sicherheit sind uns wichtig." Als Frauen dort anriefen, wurden ihre Frage, ob sie zu einem Schwangerschaftsabbruch kommen könnten, bejaht, um sie in die "Beratung" zu locken.

Bilder von links nach rechts: "Beratungsbroschüren" von HLI, Monatliche Gebetskundgebungen von HLI vor der Lucina-Klinik in Wien

BESONDERER SCHWERPUNKT LUCINA-KLINIK

Die Lucina-Klinik befindet sich in der Großen Sperlgasse im zweiten Wiener Gemeindebezirk. Davor, wie auch vor anderen Abtreibungskliniken, zeigt sich das gleiche Bild: Während den Öffnungszeiten befinden sich ständig zwei bis drei AktivistInnen von HLI vor der Klinik. An jedem letzten Samstag im Monat veranstalten sie außerdem eine Gebets-Prozession von der Kirche der Barmherzigen Brüder in der Taborstraße bis zur Klinik. Hier wird dann noch eine Stunde weiter für die "ermordeten Kinder" gebetet. Seit dem Beginn der Kampagne der SLP im Jahr 2001 konnten sie das zumindest nicht mehr ungestört tun. An jedem dieser Samstage fanden nämlich Gegenkundgebungen für das Recht auf Abtreibung statt, die von der Sozialistischen Linkspartei organisiert wurden.

HLI gelang es nicht nur, die Wohnung direkt über der Klinik zu kaufen, sondern auch die Räumlichkeiten, in denen sich die Klinik selbst befindet. Über dem Operationraum befindet sich in der darüber liegenden Wohnung eine Kapelle⁵ von HLI, wo sie so laut "beten", dass es bis in die Klinik zu hören ist. Alleine durch die ständige Präsenz kann HLI der Klinik finanziellen Schaden zufügen. Denn dadurch sind Sicherheitstüren, Alarmanlagen und Wachdienst notwendig geworden.

Von HLI wurde außerdem die Eröffnung eines "Frauen-Forschungs, Dokumentations- und PAS-Heilungszentrum" am ehemaligen Standort der Mairo-Klinik angekündigt. Ebenfalls angekündigt wurde die Ablöse der Lizenzrechte "Ärztinstitut Mairo". Ob das "Heilungszentrum" unter diesem Namen geführt werden soll, geht aus den Flugblättern nicht hervor, würde aber zu der Vorgangsweise passen, dass teilweise versucht wird, Patientinnen unter falschen Informationen in die "Beratung" zu locken. Welches politische Ziel damit verfolgt wird, kommt klar zum Ausdruck "Das Institut wird vieles beitragen, dass die Fristenlösungsgesetzesänderung nicht 60 Jahre dauert." Auch von der Errichtung eines "Babycaust"-Museums war immer wieder die Rede (mit ihrer Gleichsetzung von Abtreibung und Holocaust schwimmen sie im selben Fahrwasser wie Rechtsextreme, die den Holocaust verharmlosen - was nicht verwunderlich ist, gibt es doch personelle und organisatorische Verbindungen zwischen den AbtreibungsgegnerInnen und rechtsextremen Organisationen).

KÜNDIGUNGSKLAGE GEGEN ABTREIBUNGSKLINIK

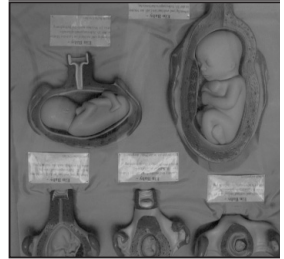
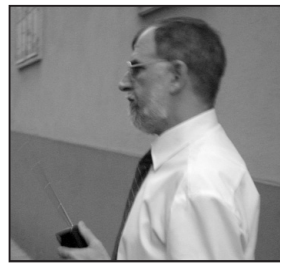
Ein besonderer Coup gelang den radikalen Abtreibungsgegnern in Österreich bei der Mairo-Klinik (jetzt: Lucina). Fischer versuchte die Mairo-Klinik mittels Räumungsklage zum Ausziehen zu zwingen. Die Vorgangsweise des HLI-Chefs war: Er kaufte die Wohnung, in der sich die Klinik befindet

und reichte am 14.12.2000 die Aufkündigung des Mietvertrags ein. Als Begründung für diese Maßnahme gab er an, dass "der Ruf als auch die wirtschaftlichen Interessen (Wertverlust der Wohnungen) des Klägers und aller anderen Wohnungseigentümer erheblich beeinträchtigt und geschädigt." werde. In einem Interview, das auf der HLI-Homepage veröffentlicht wurde, argumentierte Fischer offener: "Wenn wir es schaffen, die Besitzer zu werden, können wir ihnen (Anm.: der Klinik) das Leben schwer machen." Vertreten wurde HLI dabei durch die Rechtsanwaltskanzlei Gheneff-Rami, der ehemaligen Kanzlei von Justizminister Böhmendorfer.

Der Prozess zog sich über fast ein Jahr. Besonderen Mut bewiesen jene Frauen, die gegen Fischer und für die Klinik aussagten. Sie dokumentierten die Belästigungen, denen sie ausgesetzt waren anschaulich und machten damit die Argumentation von Fischer und seiner Anwältin zunichte. Leicht wurde es ihnen dabei nicht gemacht: Von Rechtsanwältin Gheneff wurden sie eingehend über die Gründe für ihren Schwangerschaftsabbruch und auch nach politischer Betätigung gefragt. Rechtsanwältin Gheneff versuchte auch, eine direkte Verbindung zwischen den regelmäßigen Kundgebungen der Sozialistischen Linkspartei (SLP) vor der Mairo-Klinik und der Betreiberin der Mairo-Klinik herzustellen. Unsere Kundgebungen wurden als Mitgrund für die Kündigung des Mietvertrags angeführt, da dadurch die BewohnerInnen "erhöhtem Lärm" ausgesetzt wären. Im Urteil vom 20. Dezember 2001 wurde die Klage zurückgewiesen.

In der Urteilsbegründung wurde festgehalten, dass laut Mietvertrag die Nutzung als Klinik vorgesehen ist. "Dass in der Klinik auch oder überwiegend Abtreibungen durchgeführt werden, vermag daran nichts zu ändern, weil nach der österreichischen Gesetzeslage Schwangerschaftsabbrüche zulässig und daher in rechtlicher Sicht nicht anders als andere medizinische Eingriffe zu beurteilen sind."

In der Verhandlung rund um die Kündigung des Mietvertrages argumentierten die HLI-AktivistInnen, dass sie lediglich Beratung anbieten und für die Frauen beten. Nach Einnahme der ZeugInnen kam das Gericht allerdings zu einem anderen Schluss. "Dass das vorgehen der Abtreibungsgegner doch deutlich mehr beinhaltet als bloßes Beten hat das gesamte Verfahren gezeigt." (aus der Urteilsbegründung)



Bilder von oben nach unten: Dietmar Fischer (HLI) bei einer Kundgebung vor der Lucina-Klinik, Claudia Sorger (SLP) bei einer Kundgebung vor der Lucina-Klinik, Auslage eines "Lebenszentrums" von HLI, Käthe Knittler (SLP) bei einer Kundgebung vor der Lucina-Klinik, Gebetszug von HLI

Doch der positive Ausgang dieses Gerichtsverfahrens änderte nichts an dem Terror durch die radikalen AbtreibungsgegnerInnen. Deshalb führte die SLP die Kampagne mit den monatlichen Gegenkundgebungen weiter.

Die Situation um die Abtreibungsklinik Lucina spitzte sich über die Jahre immer mehr zu. Die Klinikleiterin sah sich vorübergehend aufgrund der massiven Bedrohung durch die radikalen AbtreibungsgegnerInnen nicht mehr in der Lage, in den Räumlichkeiten weiterzuarbeiten. Dem waren zahlreiche anonyme Morddrohungen und Anschläge mit giftigen Substanzen vorausgegangen. Bei einer toxikologischen Blutuntersuchung, die bei ihr und einer Mitarbeiterin vorgenommen wurde, wurde eine erhöhte Konzentration von giftigen Substanzen festgestellt, die nicht auf normale Lebens- oder Arbeitsbedingungen zurückzuführen waren (die Untersuchungsergebnisse liegen vor).

Der permanente Terror ist massgeblich für die wirtschaftliche Krise der Lucina-Klinik verantwortlich. Der HLI-Chef intervenierte bei Gesundheitsbehörden und Wirtschaftspolizei und stellte als Vermieter der Klinikräume einen Konkursantrag nach dem anderen. Bei einem angekündigten Versteigerungstermin, der von der Klinikleiterin abgewendet werden konnte, waren die HLI-AktivistInnen bereits zur Stelle, um das Inventar zu ersteigern und damit ein "Babycaust"-Museum zu eröffnen.

Klar ist: Wenn das Ergebnis der Auseinandersetzung um die Lucina-Klinik ist, dass es nicht mehr möglich ist, den Klinikbetrieb weiterzuführen, dann haben die radikalen AbtreibungsgegnerInnen damit einen Sieg gegen das Frauenrecht Abtreibung errungen. Das wird für sie einen Aufschwung bedeuten und sie werden mit den gleichen Methoden gegen andere Kliniken und ÄrztInnen vorgehen. Sabine Beham, die Leiterin der Lucina-Klinik meinte dazu: "Sie wollen erreichen, dass die Klinik zusperrt und dass die Fristenregelung wieder abgeschafft wird. Und der Terror wird weitergehen, so wie sie diese Klinik (die Wohnung) gekauft haben, um sie zu eliminieren, so werden sie das bei allen Kliniken versuchen."

Im Mittelpunkt der Kampagne der SLP steht, dass die Möglichkeiten für Schwangerschaftsabbrüche erhalten und ausgebaut werden. Es ist ein Versagen der Gesundheits- und Frauenpolitik, dass die öffentliche Hand diese nicht ausreichend zur Verfügung stellt, sondern diese Aufgabe privaten Anbietern überlässt. Privatkliniken werden von Frauen heute oft deshalb bevorzugt, weil die Betreuung und Beratung besser abläuft als in öffentlichen Spitälern, wo Abbrüche teilweise nicht oder in den normalen gynäkologischen Abteilungen durchgeführt werden. Privatkliniken sind aber an Profitinteressen orientierte Unternehmen, die sich wirtschaftlich "rentieren" müssen. Auch wenn die BetreiberInnen oft das Recht auf Schwangerschafts-

abbruch an sich gewährleisten wollen, sind sie doch betriebswirtschaftlichen Zwängen unterworfen. Eine wirkliche Garantie dafür, dass Frauen die Möglichkeit haben, einen Abbruch durchführen zu können, können Privatkliniken niemals darstellen. Die SLP tritt daher für die Schaffung von selbstorganisierten Frauengesundheitszentren durch die öffentliche Hand ein, die auch Beratung und Behandlung bei Schwangerschaftsabbrüchen anbieten. Die Lucina-Klinik ist vom Konkurs bedroht. Ein Sieg für die AbtreibungsgegnerInnen liegt dann vor, wenn die Klinik ersatzlos schließt. Für die Frauen hingegen wäre es ein Sieg, wenn die Lucina-Klinik von der öffentlichen Hand übernommen, weitergeführt, ausgebaut und in ein Frauengesundheitszentrum umgewandelt werden würde.

ÖSTERREICHWEIT AKTIV

Aber nicht nur die Lucina-Klinik im zweiten Wiener Gemeindebezirk wurde zur Zielscheibe der radikalen AbtreibungsgegnerInnen. Mittlerweile veranstalten die HLI-AktivistInnen Gebetszüge zu Abtreibungskliniken oder Arztpraxen in Wien nicht nur zur Lucina-Klinik, sondern auch zum Ambulatorium am Fleischmarkt und auch in Niederösterreich, Oberösterreich, in der Steiermark, in Salzburg, in Kärnten und in Vorarlberg halten sie monatliche Gebetszüge oder Kundgebungen ab.

Eine Ärztin im 7. Wiener Gemeindebezirk berichtete ebenfalls von massiver Belästigung. Auch vor ihrer Arztpraxis waren die HLI-AktivistInnen regelmäßig aktiv. Im Jahr 2001 fand sie gemalte Fußabdrücke vor ihrer Tür und bekam am selben Tag einen Telefonanruf, wo ihr gesagt wurde "Der schwarze Engel passt auf Sie auf". Auf ihrem Auto stand "Der Tod kommt nicht sanft" und ein anderes Mal war ein Galgen aufgemalt.

Aber auch in Salzburg und in Graz sind Ärzte vom Terror der radikalen Abtreibungsgegner betroffen. In Salzburg erhielt ein Gynäkologe einen anonymen Drohbrief, der in zeitlichem und inhaltlichem Zusammenhang mit den Aktivitäten von HLI in Salzburg steht. Ein Auszug daraus: "Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass Sie Jude sind. In diesem Fall wäre auch die Unverfrorenheit, mit der Sie öffentlich Schwangerschaftsabbrüche anbieten, verständlich. (...) Wenn Sie schon Schwangerschaftsabbrüche machen und ungeborenes Leben töten wollen, gehen Sie bitte nach Israel. Dort können Sie täglich tausende Abbrüche machen - unser Dank sei Ihnen gewiss. Sie können sicher sein, dass wir Ihnen hier in Salzburg das Leben zur Hölle machen werden. Es wäre daher besser, wenn Sie Ihre Zelte hier in Salzburg schnellstmöglich abbrechen. Glauben Sie mir, es ist auch in Ihrem Interesse. Wir wollen Sie hier nicht!!!!!"

5 Diese Kapelle wurde von Weihbischof Laun eingeweiht.

Human Life International und das Pro-Life Netzwerk

WAS IST HLI?

HLI (Human Life International) ist das weltweit größte Netzwerk von Pro-Life-AktivistInnen, wurde 1981 in den USA gegründet und seither werden AnhängerInnen ausgebildet sowie Literatur, Broschüren und sonstige Lügenpropaganda verbreitet. In ihrem Kampf gegen die Abtreibung nutzen sie die Einflussphären auf konservative Parteien und Regierungen und betreiben Psychoterror gegen Frauen und Klinikpersonal. Ihre Methoden haben System und decken sich international in weiten Bereichen.

Ihre extrem frauenfeindlichen Haltung kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass sie Frauen die Fähigkeit absprechen, eigenständige Entscheidungen zu treffen. So sagte beispielsweise der HLI-Gründer Paul Marx; "Es kann keine Rechtfertigung für eine Abtreibung geben, auch Vergewaltigung nicht, denn dann würde ja jede Frau sagen, sie sei vergewaltigt worden." Außerdem wird den Frauen als Folge der Abtreibung ein "Post Abortion Syndrom" angedichtet, das unter anderem zu einer dauernden Persönlichkeitsstörung der Frau führen soll. "Statt einer für eine Mutter charakteristische Weichheit treten Griesgrämigkeit, Unbeherrschtheit, Schrofheit, Ungeduld und Ungeduld selbst zutage. Die Umgebung stempelt eine solche Frau als unerträglich ab. Diese Charaktereigenschaften werden auch zur Ursache des Zerfalls der Ehe."⁶ Homosexualität wird als eines der Übel dargestellt, die die Welt zerstören: "Die größte Gefährdung weltweit ist nicht AIDS, sondern Homosexualität. Entweder zerstören wir die Homosexualität oder wir werden sterben." Gleichzeitig werden Verhütungsmittel und Aufklärungsunterricht abgelehnt.

Der Holocaust wird verharmlost, indem unter anderem behauptet wird, dass Abtreibung der größere Massenmord ist und die Abtreibung als "Endlösung" bezeichnet wird. "Es ist nicht übertrieben, hier von einem Holocaust zu sprechen. Wenn pro Jahr 60 Millionen Kinder getötet werden, bedeutet das, dass jährlich 60 Millionen Männer und 60 Millionen Frauen direkt beteiligt sind."⁷ Kliniken und öffentliche Spitäler, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, werden in HLI-Publikationen konsequent als Tötungskliniken bezeichnet.

In der Vergangenheit haben sie es geschafft, ihre Einflussphäre auch vor

dem Hintergrund rechter Regierungen auszuweiten. Dieser politische Hintergrund kommt nicht nur in der reaktionären Ideologie zum Ausdruck, sondern auch in direkten Wahlaufufen für rechte Parteien. In Wien wurde bei der Gemeinderatswahl 2001 in Aussendungen dazu aufgerufen, FPÖ oder ÖVP zu wählen und Haider wurde für die Einführung des Kindergeld gedankt - dies mit der Begründung "Kinderbetreuungsgeld für alle rettet tausende Kinder vor dem Abtreibungstod". Nicht nur in Österreich bekommen radikale Abtreibungsgegner wieder mehr Unterstützung. Beim UNO-Kindergipfel blockierten die USA alle Formulierungen, die als Akzeptierung von Schwangerschaftsabbrüchen bei Minderjährigen ausgelegt werden könnten. Schon im Jahr 2000 kündigte der damalige "Frauenminister" Herbert Haupt, dem Mann Mitspracherecht einzuräumen und die Fristenlosigkeit für medizinisch begründete Abbrüche auf drei Monate verkürzen zu wollen.

Eine der Hauptaktivitäten der militanten Abtreibungsgegner ist die Bekämpfung von Gruppen, die sich für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch einsetzen. In den USA führen sie permanent Prozesse und Kampagnen gegen die sogenannten Pro-Choice-Organisationen. Im Februar 2003 wurde auf der HLI-Homepage eine Stellungnahme des HLI-Präsidenten Reverent Thomas Euteneuer veröffentlicht, in dem er sich gegen die Bezeichnung der HLI-Aktivitäten als Terror ausspricht. Terror wird seiner Meinung nach von den Pro-Choice-AktivistInnen ausgeübt, die er mit den Terroristen des 11. September vergleicht. " Der einzige Unterschied zwischen Abtreibung und dem terroristischen Akt des 11. September ist, dass CNN uns nicht gestattet, die brutale Ermordung der Abtreibungsopfer oder die ‚ground zero‘ - Stelle ihrer Ermordung zu sehen." Im Anschluss findet sich eine Aufforderung an die HLI-Unterstützer, sich gegen die Bezeichnung als Terroristen zur Wehr zu setzen.

JUGEND FÜR DAS LEBEN

Die Organisation "Jugend für das Leben" ist Teil des Netzwerkes von radikalen Abtreibungsgegnern, die ein Verbot der Abtreibung fordern und gegen jede Form der Verhütung eintreten. Pille und Spirale werden als Frühabtreibung bezeichnet. Verbindungen zu HLI werden von den "Jugend für das Leben" - AktivistInnen immer wieder bestritten. Diese Verbindung kommt allerdings nicht nur darin zum Ausdruck, dass sie die HLI-Lebenszentren auf ihren Forderungen bewerben, sondern auch durch die gleiche Propaganda von der Ablehnung aller Verhütungsmittel bis zur Heraufbeschwörung des "Post Abortion Syndrom". In den letzten Jahren war auch Jugend für das Leben verstärkt in der Öffentlichkeit präsent. Auf einer "Fahrradtour für das Leben" zogen 2002 die hauptsächlich jugendliche TeilnehmerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern von Bregenz nach Wien und wur-

Opus Dei

Die reaktionäre Organisation steht in Kontakt mit den radikalen AbtreibungsgegnerInnen. Sie mischt sich aber auch sonst tief in die Politik ein. 1969 waren mindestens vier Minister in Francos Spanien vom Opus Dei, auch in Chile hatten sie unter dem Diktator Pinochet Einfluss und beim jüngsten Putschversuch gegen den linken Präsidenten in Venezuela, Chavez, hatte der Opus Dei ebenfalls seine Finger im Spiel.

Unter dem Ein-
dem UN-Bev-
werde, falls
Familienplan

Katholische Kirche

HLI wurde vom Benediktiner-Pater Paul Marx gegründet, der als Beauftragter des Vatikans für das "weltweite Apostolat für Natürliche Familienplanung" 1980 von **Papst Johannes Paul II** höchstes Lob erhielt. Der Papst sprach 1988 auch von "Massakern an Ungeborenen". Weibbischof **Laun** hielt 1997 während des Marsches für das Leben einen Vortrag "Bomben vor der Abtreibungsklinik - gibt es moralische Grenzen im Kampf gegen die Abtreibung"

Human Life International

Human Life International - das größte internationale Netzwerk 1981 gegründet, mind. 84 Zweigstellen in mind. 56 Ländern
Radikale AbtreibungsgegnerInnen, die den Holocaust verharmlosen (Abtreibung Homosexualität angreifen ("Die größte Gefährdung weltweit ist nicht AIDS, sondern Aufklärungsunterricht ablehnen ("Aufklärung ist von Natur aus gefährlich und Sie werden Ihre Methoden: 1) sie nutzen ihren Einfluss auf konservative Parteien um Sinne zu forcieren. 2) Psychoterror gegen Frauen, die ihr Recht auf Kinder haben wollen. 3) Sie gehen gegen ÄrztInnen und Kliniken an")

Jugend für das Leben

(inoffizielle) Jugendorganisation von HLI
organisierte 1997 einen Marsch fürs Leben (unterstützt von den Bischöfen Laun, Küng, Eder, Schönborn, Schüller), 2002 und 2003 die Radtour für das Leben, bewirbt in ihrem Infomaterial die Adressen von HLI, verteilt auch Aufkleber von "Geborene für Ungeborene"

M
Auf diesen Kongress
ten und rechtsex
**Akademiker
Leben**", "Pro V
Rechtsanwalt **Alf**
Klage gegen den
Fischer gegen d
Förderung der P
(VPM), **JES**, Ve
bekannte recht
Siegfried Ernst

EÄÄ

Gründer von EÄÄ/EDA (Europäische Ärzte Aktion/European Doctors Action): Siegfried Ernst, Wolfgang Borowsky und Erich Blechschmidt. Über **Ernst** meinte der Richter: "die Dinge, die er sagt, sind so rassistisch-diskriminierend, dass jeder den Zusammenhang mit dem 3. Reich erkennen kann." **Ernst** erhielt 1991 den höchsten internationalen Preis von HLI. **Borowsky**, ist einer der Führer der Neo-Nazi-Bewegung und u.a. im "Freiheit für Rudolf Hess Komitee". **Blechschmidt** war Mitglied der SA und entwickelte seine Theorien größtenteils vor 1945.

Ephata

"Beratungsstelle" nach Abtreibungen, eine "Initiative der Österreichische Lebensbewegung" gemeinsames Flugblatt von Ephata und Ja zum Leben

Österreichische Lebensbewegung

gleiche Adresse wie Geborene für Ungeborene

f
1984 mit ÖH-Gelb
mit einer Mehrhe
gleich

US-Regierung
 Einfluss von HLI erklärte die USA 1984 dass sie Bevölkerungsfond weitere Zahlungen verweigern der "Abtreibung oder Zwangsprogramme zur ... in nur einem Mitgliedsstaat unterstütze."

von "Pro Life AktivistInnen" und 25.000 Mitgliedern.
 ... sei der bei weitem größte Massenmord, ... (Abtreibung oder Zwangsprogramme zur ... und von sich aus böse").
 ... und Regierungen um Gesetze in ihre ... auf Abtreibung in Anspruch nehmen ... direkt vor.

Aut zur Ethik - Kongresse
 ... treffen Lebensschützer aus dem ... extremen Lager zusammen. U.a. "**Wiener Bund**", "**Plattform Ärzte für das** ... **ita**" (der Vorsitzende von Pro Vita ist der ... **ons Adam**, der diverse Rechte bei einer ... Autor Purtscheller vertrat sowie Dietmar ... die Frauenärztin Radauer), **Vereins zur** ... **psychologischen Menschenkenntnis** ... Vertreter der Kirche, wie Bischof **Küng** und ... saßen wie **Werner Pfeifenberger**, ... t. Die Kongresse finden in Feldkirch statt.

Schülerunion
 Die ÖVP Schülerorganisation bewirbt in ... ihrem Schülerkalender 2003/2204 "Jugend für das Leben"

Geborene für Ugeborene
 ... ern gegründet (der damalige Zentralausschuss ... it aus **AG** (ÖVP-Studierendorganisation und **JES** bewilligte 95.000.- ats) ... the Adresse wie die Österreichische Lebensbewegung

FPÖ
 Im Wiener Wahlkampf 2001 ruft "Ja zum Leben" dazu auf, die FPÖ zu wählen und verkündet "Danke Jörg: Kingergeld für alle rettet Tausende Kinderleben vor dem Abtreibungstot".
 "Frauenminister" **Haupt** kündigte an, dem Mann Mitspracherecht bei Abtreibungen einräumen zu wollen sowie die Fristlosigkeit für medizinisch begründet Abbrüche auf drei Monate verkürzen zu wollen.

HLI-Österreich/Ja zum Leben
 Unter der Leitung von **Dietmar Fischer** (HLI-Österreich). Die Organisation betreibt "Lebenszentren" und belästigt Frauen vor Abtreibungskliniken.
 2001 kauft die Organisation die Räumlichkeiten, in denen sich die Lucina-Klinik befindet und versuchte erfolglos, diese mittels Kündigungsklage zu räumen. 2002 klagt sie Claudia Sorger, die Frauensprecherin der SLP, weil Claudia über ihre Methoden berichtet hat. Dietmar Fischer wurde in der letzten Verhandlung von **Alfons Adam** vertreten. Im Prozess berichteten betroffene Frauen von den Belästigungen und Beschimpfungen ("Du bist eine Mörderin!", "Bitte Mama, bring dein Kind nicht um!", ...). Das Klinikpersonal bestätigte Morddrohungen. Insgesamt wurde im Rahmen des Verfahrens bewiesen, dass HLI Psychoterror gegen Patientinnen und Klinikpersonal ausübt. Eine Frau berichtete, dass sie von HLI-Aktivisten zu einem "Lebenszentrum" geführt wurde. Ihr wurde gesagt, dass dort der Schwangerschaftsabbruch stattfinden würde.
 Dann wurde sie zwei Stunden lang festgehalten. Während dieser Zeit wurde massiver Psychoterror auf sie ausgeübt.

CA
 Christliche Allianz
 Vorsitz **Dietmar Fischer**

Justizminister
 In den Prozessen gegen Mairo/Lucina-Klinik und gegen Claudia Sorger (SLP) wurde "Ja zum Leben" teilweise von der Kanzlei **Gheneff-Rami**, vormals Böhmdorfer-Gheneff, vertreten.

ÖVP
Wolfgang Schüssel schrieb in einem Antwortbrief an einen Pro-Life-Aktivisten: "Wir haben uneingeschränkte Achtung vor dem ungeborenen Leben und lehnen Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich ab. (...) Grundlage einer glaubwürdigen Politik ist der Schutz des Lebens und eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Regelungen wird von der ÖVP angestrebt und entsprechende Gespräche, die einer Mehrheit bedürfen, im Parlament geführt." Im Mai 2003 sagt er im Rahmen der Stadtmision: "Abtreibung ist eine Bedrohung, welche ein Hinschauen und Einmischen notwendig macht".
 Die Salzburger ÖVP-Landesrätin **Haidinger** versicherte im Wahlkampf dass die ÖVP gewährleisten werde, dass es in keinem Salzburger Landesspital Möglichkeiten für Schwangerschaftsabbrüche geben werde.
 Unterrichtsministerin **Gehrer** erklärt, Jugendliche sollten weniger auf Partys gehen und lieber mehr Kinder bekommen.

CSA
 Christlich-Soziale Allianz
 Partei von **Karl Habsburg** organisierte 1997 gemeinsam mit "Ja zum Leben" einen "Marsch für das Leben"

Schematische Darstellung des "Lebensschützer"-Netzwerks
 Erstellt von Sonja Grusch (Sozialistische LinksPartei)

den dabei tatkräftig unterstützt durch Vertreter der katholischen Kirche wie Weihbischof Laun. Ihren Schlusspunkt fand die Pro-Life Tour am 31. August in Wien mit einer Kundgebung und anschließender Messe im Stephansdom - ebenfalls mit Weihbischof Laun. Im Jahr 2003 waren sie mit einem 2 Meter Embryo-Modell unterwegs. Tatkräftige Unterstützung bekamen sie dabei wieder von der katholischen Kirche in Form einer Abschlussmesse von den Weihbischöfen Laun und Schwarz. Empfangen wurden die Pro-Life-AktivistInnen in Salzburg und Wien allerdings von lautstarken Kundgebungen zur Verteidigung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch.

UNTERSTÜTZUNG DURCH KATHOLISCHE KIRCHE

Die Pro-Life-Bewegung in Österreich bekommt tatkräftige Unterstützung durch höchste Vertreter der katholischen Kirche wie Weihbischof Laun, Erzbischof Eder und Diözesanbischof Krenn. In Publikationen der katholischen Kirche beispielsweise auf Kath-net wird für HLI und deren Veranstaltungen offensiv Werbung gemacht. Die im Oktober 2002 von Human Life International (HLI) veranstaltete "Pro-Life-Weltkonferenz" wurde vom katholischen Nachrichtendienst prominent beworben, wo die Konferenz als "größte und bedeutendste derartige Veranstaltung seit dem Familienkongress von 1988" und als "neuer Impuls für die Abtreibungsdiskussion in Österreich" bezeichnet wurde. Weihbischof Laun trat bei der Konferenz in Wien als Referent auf und Diözesanbischof Krenn, der immer wieder die völlige Aufhebung der Fristenlösung fordert, empfing zur Fatima-Feier. Im Konferenzprogramm fanden sich die Spitzenfunktionäre von Human Life International und deren Verbündeten im Kampf gegen die Abtreibung. Thomas Euteneuer (USA, Präsident von HLI), Paul Marx (USA, Gründer von HLI), Philip Reilly (USA, Gründer der "Helfer von Gottes kostbaren Kindern") und Claudia Kaminski (D, Vorsitzende von Alfa- Aktion Lebensrecht für alle) referierten zu christlich nächstenliebenden Themen wie "Waffenrüstung im Kampf für das Leben" oder "Spiritual Warfare - Training für geistliche Kriegsführung. Und damit kein Zweifel am Ziel der Pro-Life-Bewegung bleibt: "Damit unser Land und ausgehend vom "Marienland" Österreich auch andere Länder vom Übel der Abtreibung und der Kultur des Todes befreit wird, bitten wir Dich und möglichst viele Mitchristen aus allen anderen Nationen, sich mit uns um Maria, der Frau, die der Schlange den Kopf zertreten wird, im Gebet und im geistigen Kampf zu vereinen."

Auch auf die tatkräftige Unterstützung von Christoph Schönborn kann sich HLI verlassen und beruft auch darauf: "Schönborn persönlich steht mit seinem gesamten Gewicht als Vorsitzender der österreichischen Bischofskonferenz klar hinter unseren Lebensschutzaktivitäten." (HLI-Chef Dietmar Fischer in einem Leserbrief an "Salzburger Fenster") Am 28. Dezember 2002 beehrte Wiener Kardinal-Erzbischof Christoph Schönborn HLI in der

hauseigenen Kapelle (die sich direkt über der Lucina-Klinik befindet!) mit seiner Anwesenheit und bedankte sich für den Einsatz der HLI-Aktivisten.

Bischof Aichern forderte anlässlich des 30. Jahrestages des Parlamentsvotums zur Einführung der Fristenregelung, dass "flankierende Maßnahmen" zur Fristenregelung umgesetzt werden. Gemeint ist damit eine verpflichtende Beratung der Schwangeren - nach Möglichkeit unter Einbeziehung des Vaters, die Trennung von Beratung und Durchführung - und mindestens drei Tage Nachdenkpause nach der Beratung. Argumentiert wurden diese Maßnahmen (unter anderem vom Leiter der Landesstatistik Steiermark) mit der "alarmierende demographische Entwicklung auf regionaler und europäischer Ebene". Bischof Küng sowie Bischof Kapellari mahnten: "Die Abtreibung ist die Schwester der Euthanasie - Anfang und Ende des Lebens sollen in Gottes Hand bleiben!" Mit einem Gottesdienst, abgehalten von Weihbischof Laun wurde das Lebenszentrum in Salzburg und seine Kapelle eingeweiht. Auch Erzbischof Eder dokumentierte seine Unterstützung "Denn der größte Weltkrieg aller Zeiten ist ja heute durch die Tötung der Leibesfrucht in den Leibern der werdenden Mütter."⁸

AUFSCHWUNG DURCH BLAU-SCHWARZ

Eine weitere Ebene auf der die Abtreibungsgegner vor zu gehen suchen, ist der Versuch Unterstützung von konservativer Seite zu erlangen und so gesetzliche Änderungen in ihrem Sinne durch zu bringen. Dass sie dabei auf Resonanz stoßen, zeigte sich in der Vergangenheit mehrfach. In einem Antwortschreiben von Wolfgang Schüssel auf eine Anfrage eines Abtreibungsgegners war folgende Aussage enthalten: "Wir haben uneingeschränkte Achtung vor den ungeborenen Leben und lehnen Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich ab. (...) Grundlage einer glaubwürdigen Politik ist der Schutz das Lebens und eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Regelungen wird von der ÖVP angestrebt und entsprechende Gespräche, die einer Mehrheit im Parlament geführt." Herbert Haupt forderte im Jahr 2000 das Mitspracherecht des Mannes bei Schwangerschaftsabbrüchen und die Fristenlosigkeit für medizinisch begründete Abbrüche auf drei Monate verkürzen zu wollen. HLI-Chef Fischer meinte "Die neue Regierung hat eine Familiendefinition, die der christlichen Tradition entspricht." . Bei den Wiener Gemeinderatswahlen 2001 bedankte sich HLI für die Regierungspolitik von FPÖ und ÖVP und rief dazu auf, ÖVP aber besser noch FPÖ zu wählen. In einer Aussendung wurde außerdem dazu aufgefordert, für Kanzler Schüssel, Vizekanzlerin Riess-Passer und Minister Haupt zu beten.

Der ÖVP-Bundesrat Leo Steinbichler forderte im Jahr 2002 ein Verbot der in Österreich "sehr locker bis zum dritten Schwangerschaftsmonat gestattete Abtreibung". Er begründete dies mit den fallenden Geburtenzahlen und

der damit verbundenen Knappheit der Facharbeiter für den Arbeitsmarkt. Auch beim "Ride for Life", einer Fahrradtour, die im Sommer 2002 von "Jugend für das Leben" veranstaltet wurde, brachten ÖVP-PolitikerInnen ihre Unterstützung für die radikalen Abtreibungsgegner zum Ausdruck. Der ÖVP-Bundesrat Vinzenz Liechtenstein und die Familiensprecherin des Grazer Gemeinderates und Vorsitzende des katholischen Familienverbandes Steiermark, Sissi Potzinger, kamen zum Abschlussempfang ins Erzbischöfliche Palais in Wien. Potzinger meinte über den Grund ihres Kommens gegenüber Kath.net (Katholischer Nachrichtendienst): "Es war mir ein Herzensanliegen, mit dieser Fahrt nach Wien und diesem Gottesdienst ein Zeichen zu setzen, wie unersetzbar wichtig der Einsatz für das menschliche Leben vor allem an seinem Anfang und Ende ist." Auch Vinzenz Liechtenstein bewunderte im Gespräch mit Kath.net das "tolle Beispiel der Veranstaltung". Kein Wunder also, dass in den ÖVP regierten Bundesländern Schwangerschaftsabbrüche kaum durchgeführt werden und ein Großteil der Frauen nach Wien pilgern muss.

Beispielsweise gibt es in Salzburg nach wie vor keine offizielle Möglichkeit, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen. Die amtierende Landesrätin Maria Haidinger (ÖVP, im Zivilberuf Gynäkologin), die sich schon mehrmals öffentlich gegen die Fristenlösung ausgesprochen hat, gab eine Broschüre mit dem Titel "Schwanger und verzweifelt?" heraus. Als Informationsangebote finden sich darin die Anonyme Geburt und das Babynest. "In der Beratung werden Ihnen verschiedene Hilfsmöglichkeiten in Bezug auf ihre soziale, finanzielle und psychische Notsituation aufgezeigt. Vielleicht ist es mit diesen Unterstützungen doch möglich, dass Sie ihr Kind behalten. Ist dies nicht der Fall, gibt es für Sie und Ihr Kind noch andere Möglichkeiten wie z.B. die Übergabe an Pflegeeltern oder Adoption."⁹ Von der Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs ist keine Rede, diese wird einfach verschwiegen. Damit wird vermittelt, dass schwangere Frauen unter allen Umständen ein Kind bekommen sollen und wenn sie es dann nicht wollen, können sie es ja immer noch abgeben. Mit Unterstützung und Hilfe für Frauen hat das wenig zu tun.

Einem Vertreter der FPÖ ist selbst die Haltung von Vertretern der katholischen Kirche nicht fundamental genug. In einem Interview im Nachrichtenmagazin "profil" übte FPÖ-Volksanwalt Ewald Stadler scharfe Kritik am Wiener Erzbischof Christoph Schönborn. Stadler bemängelt den von Schönborn verkündeten Verzicht der Kirche auf einen Gottesbezug in der Verfassung. "Schönborn hat einfach keinen Mumm", meinte Stadler. In diesem Zusammenhang kritisierte Stadler Schönborn dafür, dass dieser nicht öffentlich gegen die "größte Menschenrechtsverletzung in Österreich, die Tötung von ungeborenem Leben" auftrete.

Auch Bundeskanzler Schüssel fand im Rahmen der Stadtmission Ende Mai 2003 im Stephansdom klare Worte über seine Auffassung von Gott und Politik und das "Unrecht" der Abtreibung. In einer Aussendung von "Jugend für das Leben" wird der Kanzler mit folgenden Worten zitiert: "Abtreibung ist eine Bedrohung, welche ein Hinschauen und Einmischen notwendig macht."¹⁰ Der FPÖ Bundesrat John Gudenus verglich sogar vor kurzem in einem Leserbrief die Fristenlösung mit dem Holocaust: "Demokratische Regime unterscheiden sich vom Nationalsozialismus u.a. auch dadurch, dass die Schreibtischtäter a' la Eichmann durch die Abstimm-Mörder auf den Parlamentsbänken ausgetauscht wurden, mit dem Erfolg, dass jetzt zehnmahl mehr Unschuldige völlig legal umgebracht werden als Hitler ermorden ließ."¹¹

Klar ist auf jeden Fall, dass sie die radikalen AbtreibungsgegnerInnen durch die blau-schwarze Regierung enorm gestärkt fühlen und es ist anzunehmen, dass sie von VertreterInnen der Regierung auch tatsächliche (finanzielle) Unterstützung bekommen.

6 Stiftung Ja zum Leben: Die Leiden der Frauen nach der Abtreibung. Post Abortion Syndrom PAS, S.115

7 ebd., S.117

8 zitiert nach: Rupertusblatt "Aus der Erzdiözese", 15.9.2002

9 "Schwanger und verzweifelt?" Land Salzburg (Hg.) März 2002

10 diestandard.at, Abtreibung als "Bedrohung", 28.Mai 2003

11 diestandard.at, Sie trauen sich wieder, 29.Oktober



Claudia Sorger (SLP)

Dietmar Fischer (HLI)

Klage gegen Claudia Sorger (SLP-Frauensprecherin)

Ausschnitt aus dem geklagten Volksstimme-Artikel

"Unglaublich, aber wahr: Fast 30 Jahre nach Einführung der Fristenlösung haben Frauen Angst, wenn sie in eine Abtreibungsklinik gehen. Denn dort werden sie belästigt, beschimpft und sogar am Betreten der Klinik gehindert. Auch das Klinikpersonal hat Angst: Beinahe wöchentlich bekommt es telefonische Morddrohungen." Morddrohungen, Beschimpfungen, Behinderungen beim Betreten des Arbeitsplatzes - die Beschäftigten der Abtreibungsklinik haben Angst, ihnen wird vorgeworfen, "unschuldige Kinder zu töten". Das alles passiert tagtäglich vor Kliniken und Arztpraxen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Wer macht so etwas? Diese Aktivitäten werden in Österreich hauptsächlich von Human Life International (HLI) betrieben."

Die SLP führte seit fast zwei Jahren eine Kampagne zur Verteidigung der "Lucina"- Frauenklinik, als Dietmar Fischer, Chef von HLI-Österreich die Frauensprecherin der SLP verklagte. Gegenstand der Klage war ein Artikel mit dem Titel "Terror vor der Klinik", der zum Internationalen Frauentag in der Volksstimme (Nr. 10/2002) erschienen war und in dem die Methoden der radikalen Abtreibungsgegner beschrieben wurden.

Folgende im Artikel enthaltenen Punkte wurden in der Klagsschrift als unwahr bezeichnet: Die MitarbeiterInnen von HLI "würden Terror vor der Klinik ausüben; würden Frauen beschimpfen und sogar am Betreten der Klinik hindern; würden Morddrohungen verbreiten; würden Lügenpropaganda verbreiten; würden Psychoterror ausüben." (aus der Klagsschrift vom 17.4.2002) Vertreten ließ sich Fischer von der Anwaltskanzlei Gheneff-Rami, der ehemaligen Kanzlei von Justizminister Böhmendorfer.

Durch die Klage wollte der HLI-Chef jene Menschen zum Schweigen bringen, die die Methoden von HLI am deutlichsten aufzeigten. Bei den monatlichen Kundgebungen und in

zahlreichen Publikationen wurden die HLI-AktivistInnen und deren Methoden von der SLP immer wieder angegriffen. Die Vorgehensweise der Klagen gegen GegnerInnen deckt sich mit der Einschüchterungstaktik, die von militanten Abtreibungsgegner international angewendet wird. In den USA führen sie permanent Prozesse und Kampagnen gegen Organisationen, die sich für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch einsetzen.

Eines war von Anfang an klar: Wenn die radikalen Abtreibungsgegner mit ihrer Klage durchkommen, würde das einen enormen finanziellen Verlust und eine Bedrohung für die politische Aktivität für die SLP bedeuten. Aber nicht nur auf uns hätte eine Niederlage vor Gericht katastrophale Auswirkungen gehabt. Hätte HLI vor Gericht Erfolg gehabt, hätten sie in der Zukunft wesentlich leichter gegen Frauenorganisationen, JournalistInnen und alle anderen vorgehen können, die ihre Methoden aufzeigten. Sie hätten dazu ein richtungweisendes Urteil in der Hand gehabt.

Dies hätte eine weitere Offensive gegen das Frauenrecht auf Abtreibung bedeutet. Deshalb war es notwendig, im Rahmen der Verteidigung vor Gericht, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Zahlreiche Frauen (ehemalige Patientinnen) und Klinikpersonal unterstützten uns dabei, indem sie aussagten, was ihnen vor den Kliniken widerfahren ist. Diese Frauen bewiesen großen Mut, denn nach wie vor ist Schwangerschaftsabbruch ein gesellschaftliches Tabuthema für das sich nur wenige öffentlich einsetzen.

Die erste Verhandlung fand am 19. Dezember 2002 statt. Dietmar Fischer und seine Anwältin Huberta Gheneff hatten nicht viel vorzuweisen. Die Zeuginnen und Zeugen allerdings, die für Claudia Sorger aussagten, schilderten sehr eindrucksvoll, in welcher Form sie von den HLI-Aktivisten terrorisiert worden sind. Ein Zeuge meinte auf die Frage, ob er die Belästigungen von HLI als Terror bezeichnen würde: "Terror ist zu einem Schlagwort geworden, aber wie sollte man das sonst bezeichnen."

Am 10. Juli 2003 fand der bislang letzte Verhandlungstermin im Prozess von HLI gegen die SLP statt. Sabine Beham - als Leiterin der Lucina-Klinik eine der wichtigsten ZeugInnen - bestätigte den im Artikel beschriebenen Sachverhalt. Laut ihrer Aussage hat Frau Beham seit dem Jahr 2000 mehrmals Morddrohungen erhalten. Diese waren immer telefonisch und anonym. "Wenn ich nochmals vor die Klinik auftauche, bekomme ich eine Kugel in den Kopf" und "Es wurde mir mein Grabstein vorgelesen, mit Geburtsdatum, in welcher Reihe er am Zentralfriedhof stehen

Definition von Terror und Psychoterror

Ter/ror, der <lat.>
Gewaltherrschaft;
rücksichtsloses Vorgehen

ter/ro/ri/sie/ren <franz.>
Terror ausüben;
ständig belästigen;
unter Druck setzen

Psy/cho/ter/ror, der
Einschüchterung mit
psychischen Mitteln

in: Duden, Bd. 1 von 12, 21. Aufl., 1996

wird, nur das Sterbedatum hat gefehlt." Sie berichtete auch von Anschlägen auf die Klinik, von den extremen Belästigungen von HLI-AktivistInnen an PatientInnen sowie dem Klinikpersonal. Da die Morddrohungen anonym waren, konnte "nur" ein deutlicher Zusammenhang zu den Aktivitäten der radikalen Abtreibungsgegner von HLI hergestellt werden. Konkret benennen konnte sie einen Aktivisten namens Bucher, der mehrmals mit hochgestreckten Armen vor der Klinik gestanden und gerufen hatte "Herr, hilf mir, diese Klinik in die Luft zu sprengen."

Frau Beham bestätigte somit die Aussagen der ehemaligen Patientinnen, die in den beiden vorigen Verhandlungsterminen ausgesagt hatten. Die betroffenen Frauen berichteten von den massiven Belästigungen und Beschimpfungen ("Du bist eine Mörderin!", "Bitte Mama, bring dein Kind nicht um!", ...). Auch ein in der Klinik zeitweise beschäftigter Anästhesist, berichtete über die bedrohlichen Meldungen der HLI-Aktivisten gegenüber den Frauen: "Sie können da oben sterben." oder "Sie gehen in ein Schlachthaus." Insgesamt wurde im Rahmen des Verfahrens ausführlich bewiesen, dass HLI Psychoterror gegen Patientinnen und Klinikpersonal ausübt.

"Ich bin mit dem Auto hingefahren. Kaum, dass ich ausgestiegen war, kam mir ein junger Mann mit Rosenkranz, Plastikpuppen, einem Videoband und Boschüren entgegen. Er warf mir vor, dass ich mein Kind umbringe, packte mich am Ärmel und folgte mir bis ins Haus hinein. Ich habe ihn sogar angezeigt, aber es ist nichts daraus geworden."

Schilderung einer 40-jährigen Zeugin vor Gericht am ersten Verhandlungstag

Die Aussagen einzelner Zeuginnen gingen sogar über die im Volksstimme-Artikel beschriebene Vorgangsweise der militanten Abtreibungsgegner hinaus. Besonders erschütternd war die Aussage einer jungen Frau, die von HLI-AktivistInnen gegen ihren Willen im "Lebenszentrum" zwei Stunden festgehalten worden war. Der Anwalt, der die SLP und die Volksstimme in dieser Sache vertrat, Dr. Andreas Löw, bezeichnete in seinem Schlussplädoyer die Aussage einer Zeugin als die beunruhigendste. "Was HLI sich ihr gegenüber erlaubt hat, sprengt eigentlich bei weitem die vom Privatankläger inkriminierten geradezu verharmlosenden Äußerungen. Das Locken der Zeugin unter falschen Voraussetzungen, nämlich, dass sie bei den Leuten von HLI einen Schwangerschaftsabbruch durchführen könne; das anschließende Festhalten von ca. 2 Stunden, währenddessen sie sich einen Film ansehen musste, das Absperren des Raumes (...) erfüllt alle Voraussetzungen der Freiheitsberaubung und der Nötigung." Trotz dieses strafrechtlichen Tatbestandes wurden seitens des Gerichtes keine weiteren rechtlichen Schritte eingeleitet, was die Untätigkeit des Rechtsstaates gegen die kriminellen Aktivitäten der radikalen AbtreibungsgegnerInnen bestätigt.

Interessanterweise wechselte HLI im Laufe des Gerichtsprozesses die Anwaltskanzlei. Die Anwaltskanzlei Gheneff-Rami (vormals Böhmendorfer-Gheneff) war anscheinend nicht reaktionär genug, weshalb sich HLI Alfons Adam engagierte. Adam ist Obmann der ultrakonservativen Pro Vita Bewegung für Menschenrecht auf Leben und somit selbst Teil des Netzwerks um HLI. Im Plädoyer des HLI-Anwalts wurde der ideologische Hintergrund dieser Klage offensichtlich, als er meinte: "Es gibt kein Recht auf Abtreibung." Auf dieser Grundlage rechtfertigte er die Methoden der HLI-Aktivisten und das gerichtliche Vorgehen von HLI gegen Claudia Sorger. Auch bei der Zeugenaussage eines HLI-Aktivisten kam deren Gesinnung deutlich zum Ausdruck. Auf die Frage der Richterin, was der Zeuge zu den Aussagen der Frauen meint, sagte dieser: "Frauen können auch lügen. Es gibt gute und böse."

Nachdem die Richterin die Klage in allen Punkten zurückwies, kündigte der HLI-Anwalt an, in Berufung zu gehen. Selbst wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, ist das ein Riesenerfolg. Im Rahmen dieses Prozesses wurde ein Beweisverfahren geführt, in dem jeder einzelne geklagte Punkt durch die zahlreichen ZeugInnen und das schriftliche Beweismaterial dokumentiert wurden. Es wurde vom Landesgericht bestätigt, dass HLI Terror und Psychoterror ausübt, dass Frauen beschimpft und am Betreten der Klinik gehindert wurden, dass Morddrohungen verbreitet wurden und dass Lügenpropaganda betrieben wurde. Auch wenn dieses Urteil noch nicht rechtskräftig ist, war dies ein wichtiger Meilenstein. In diesem Zusammenhang ist noch einmal allen ZeugInnen zu danken, die enormen Mut bewiesen haben und durch ihre Aussagen einen entscheidenden Beitrag zum positiven Ausgang des Verfahrens geleistet haben. Die HLI-Strategie der Einschüchterung ist nicht aufgegangen - im Gegenteil: Die Klage von HLI hat dem Thema zusätzliche Brisanz und damit verstärktes Interesse gebracht. Der Ausgang des Verfahrens in erster Instanz hat bestätigt, dass wir es hier nicht mit harmlosen Lebensschützern zu tun haben, reaktionären, frauenfeindlichen Fundamentalisten, die mit Methoden arbeiten, die bis ins Kriminelle reichen.

Frauenpolitik in Österreich

Bei der Diskussion um das Recht auf Abtreibung und dem Agieren radikaler Abtreibungsgegner ist es wichtig, zu sehen, dass dies nur im Zusammenhang mit der gesamten Frauenpolitik bzw. der politischen Situation im Allgemeinen gesehen werden kann. So ist es kein Zufall, dass sich die reaktionären AbtreibungsgegnerInnen gerade jetzt, wo immer mehr Frauenrechte in Frage gestellt werden, bzw. ein immer reaktionärer Frauenbild vertreten wird, im Aufwind fühlen. Um diesen Zusammenhang klar zu machen soll hier ein Überblick über die so genannte Frauenpolitik der letzten Jahre gegeben werden.

In Bezug auf Frauen bzw. das Frauenbild der blau-schwarzen Regierung zeigen sich zwei Ebenen: Auf der einen Seite werden frauenpolitisch reaktionäre Maßnahmen, wie die Wiedereinführung der gemeinsamen Obsorge, die neuerliche Infragestellung der Fristenlösung und die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes gesetzt, auf der anderen Seite kam und kommt es zu einem verstärkten Sozialabbau, der insbesondere sozial Schwache und damit Frauen in besonderem Ausmaß trifft. Sozialabbau und reaktionäre Frauenpolitik müssen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Die Wirtschaft steckt in der Krise, die Konkurrenz steigt, der Absatz stagniert und um die Profite erhalten zu können, fordern Unternehmer für sich Steuererleichterungen. Diese müssen "gegenfinanziert" werden - und zwar durch Kürzungen im Sozialbereich. Wenn Geld im Gesundheits- und Bildungsbereich fehlt, dann muss die Arbeit, die ja nicht weniger wird, unbezahlt geleistet werden. Und diese verrichten in der Regel Frauen, die sich statt oder neben einem bezahlten Job um Kinder und kranke/pflegebedürftige Angehörige kümmern. Einerseits, damit sie diese Aufgabe übernehmen, aber auch um die Arbeitslosenstatistik zu schönen, werden Frauen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Dies wird erleichtert, weil Frauenlöhne nach wie vor rund ein Drittel unter jenen der Männer liegen. Eine reaktionäre, ideologische Offensive in der versucht wird, Frauen einzureden, sie wären Rabenmütter, wenn sie ihre Kinder in den Kindergarten geben, unterstützt das noch. Da es aber zu wenig Kindergarten- und Krabbelstufenplätze gibt, sind Frauen oft ohnehin gezwungen, zuhause zu bleiben.

Der Angriff auf das Recht des Schwangerschaftsabbruch muss in Verbindung mit der demografischen Entwicklung (also das in Österreich weniger Kinder geboren werden) und der Angst der Wirtschaft vor einem Arbeitskräftemangel gesehen werden. Gibt es weniger Kinder, gibt es künftig weniger Arbeitskräfte und die, die es gibt, können bessere Löhne verlangen. Die Wirtschaft hat daher ein Interesse an einer "industriellen Reservearmee" - also ausreichend billigen Arbeitskräften. Und, wie der deutsche CSU-Abge-

ordnete Singhammer meinte: "Jedes Kind, das geboren wird, ist ein Konsument - zuerst von Pampers und später von Autos. Und wir brauchen Konsumenten".

Die Wirtschaft vertritt nicht an sich ein reaktionäres Frauenbild, aber sie bedient sich eines solchen und geht Bündnisse mit ihren VertreterInnen ein, wenn es ihren Interessen dient. ÖVP und FPÖ sind dafür aufgrund ihres traditionell konservativen Frauenbildes bestens geeignet, aber auch die SPÖ, die sich einer neoliberalen Logik verschrieben hat, betreibt, wo sie an der Macht ist, Politik auf Kosten der Frauen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUF DEM RÜCKEN VON FRAUEN

Der Sozialabbau der letzten Jahre, in Verbindung mit Arbeitslosigkeit und "neuen" Beschäftigungsformen treiben Frauen in die Armut. In Österreich leben fast doppelt so viele Frauen wie Männer unter der Armutsgrenze (200.000 Frauen, 100.000 Männer). Besonders Pensionistinnen (16% bekommen keine Pension oder eine Witwenpension) und Alleinerzieherinnen (17% erhalten weder Unterhaltszahlungen noch Unterhaltsvorschuss für ihre Kinder) sind von Armut betroffen. Auch Privatisierungen und Ausgliederungen treffen Frauen in besonderem Ausmaß, da Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen im öffentlichen Dienst wesentlich geringer sind als in der Privatwirtschaft. Flexibilisierung und "neue" Beschäftigungsformen wie Teilzeit, Freie DienstnehmerInnen etc. führen in der Praxis zu noch niedrigeren Fraueneinkommen. Maßnahmen wie die Kürzung der Notstandshilfe und die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten betreffen ebenfalls Frauen stärker als Männer.

Auch die Steuerreform ist, geprägt von reaktionärer Familienpolitik. Gefördert werden vor allem kinderreiche Familien, in denen die Frau höchstens "dazu verdient", da der Alleinverdienerabsatzbetrag an ein Maximaleinkommen der Frau von höchstens 6.000 Euro jährlich gekoppelt ist. Dieser Alleinverdienerabsatzbetrag wurde deutlich erhöht.

Von diesem erhöhten Absatzbetrag profitieren AlleinerzieherInnen erst ab einem Bruttoeinkommen von 1.164 Euro bei einem Kind und 1.209 Euro bei zwei Kindern, sofern es nicht zu einer Erhöhung der Negativsteuer kommt. Denn dagegen hat sich die ÖVP explizit ausgesprochen und Finanzminister Grasser meinte zur Erhöhung der Negativsteuer im Standard: Es geht ja darum, jene, die Steuern zahlen zu entlasten und nicht um Sozialpolitik. Es müsse ja auch ein Leistungsanreiz bestehen.

Auch Familien, in denen beide erwerbstätig sind (bzw. die Frau mehr als 6000 Euro jährlich verdient), haben nichts von der Erhöhung der Absatzbe-

trags. D.h. der Alleinverdienerabsetzbetrag bei Ehepaaren stellt einen klassischen Absetzbetrag für die (niedrig entlohnte oder stundenmäßig niedrig angesetzte) Teilzeitbeschäftigung der Ehefrau mit Kind dar. Was besonders im Lichte der Pensionsreform verheerende Auswirkungen auf die Pensionen von Frauen hat. In einem weiteren Schritt soll bis 1.1.2005 der Steuertarif verändert werden. Davon profitieren nur ArbeitnehmerInnen ab einem Bruttoeinkommen von 1.800 Euro monatlich. Mit den 250 Millionen Euro, die die Steuererleichterungen für Alleinverdienende kosten, könnten laut Berechnungen der Arbeiterkammer 60.000 Kindergartenplätze geschaffen werden, damit Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird. Hauptsächlich werden durch die Steuerreform Unternehmen entlastet nämlich mit 2,015 Milliarden Euro im Vergleich zu 975 Millionen Euro Entlastung für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen.

Die SLP fordert stattdessen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung. Wir fordern die Abschaffung aller Massen- und Konsumsteuern, Besteuert werden soll nur mehr Einkommen und Vermögen.

PENSIONSREFORM

Das bestehende Pensionsrecht honoriert durchgehende Berufstätigkeit, lange Versicherungszeiten und hohe Einkommen. Der typisch weibliche Lebensverlauf sieht jedoch ganz anders aus. Viele Frauen haben Lücken in der Erwerbstätigkeit und/oder arbeiten - ob freiwillig oder unfreiwillig - Teilzeit. Dieses Pensionsrecht führt dazu, dass die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen in der Pension noch stärker auseinandergeht. Die Pensionsreform der Bundesregierung führt dazu, dass diese schon bestehende Benachteiligung von Frauen noch verstärkt wird. Vor allem die Ausweitung des Durchrechnungszeitraums von 15 auf 40 Jahre stellt eine massive Benachteiligung von Frauen dar.

Ab 1. Jänner 2004 soll der Durchrechnungszeitraum um 1 Jahr pro Kalenderjahr von derzeit 15 Jahren bis 2028 auf 40 Jahre ausgedehnt werden. Der Durchrechnungszeitraum gibt an, aus welchen Beitragsjahren im Wege einer Durchschnittsberechnung die Pensionsbemessungsgrundlage gebildet wird. Dies führt dazu, dass schwächere Einkommenszeiten zur Pensionsbemessung hinzukommen. Durch die Ausdehnung des Durchrechnungszeitraumes kommen vermehrt Perioden der Teilzeitbeschäftigung in den Durchrechnungszeitraum, aus dem die Pensionsbemessungsgrundlage gebildet wird. Das führt zu einer starken Reduktion speziell von Frauenpensionen. Ein weiterer Aspekt der Pensionsreform ist die Senkung des Steige-

rungsbetrags. Der Steigerungsbetrag (die pro Versicherungsjahr zustehenden Prozentpunkte von der Bemessungsgrundlage) wird von 2 Prozentpunkten auf 1,78 Prozentpunkte gesenkt. Mit 40 Versicherungsjahren (und jeder niedrigeren Anzahl) schlägt die Senkung des Steigerungsbeitrages voll durch und führt somit sogar bei einem Pensionsantritt zum Regelpensionsalter (Mann: 65, Frau: 60) zu einem Pensionsverlust von 11%. Nur bei Versicherten mit 45 Versicherungsjahren oder mehr wirkt sich diese Maßnahme nicht aus. Das heißt auch davon sind in vermehrten Ausmaß Frauen betroffen, da sie aufgrund von Berufsunterbrechungen wegen Kindererziehung und Pflege üblicherweise kürzere Versicherungszeiten haben.

Die SLP fordert stattdessen ein einheitliches staatliches Pensionssystem dass sich am besten und nicht am schlechtesten derzeitigen System orientiert! Eine Mindestpension von 1100.- Euro netto.

Beispiel (Arbeiterkammer)

Frau K. (56), Arbeiterin, erwirbt bis zum Regelpensionsalter von 60 37,5 Versicherungsjahre. Sie wird 2007 in Pension gehen. Nach geltendem Recht würde sie EUR 518,- Pension bekommen (weil ihr Mann eine Invaliditätspension von EUR 950,- bezieht, bekommt sie keine Ausgleichszulage).

Geltendes Recht:

Pension 2007 mit 60.

37,5 Versicherungsjahre mit 60.

Bemessungsgrundlage EUR 690,-.

Pensionshöhe $37,5 \times 2 = 75 \%$ von EUR 690,- sind EUR 517,50 (das entspricht in etwa der durchschnittlichen Arbeiterinnenpension).

Regierungsmodell:

Pension 2007 mit 60.

37,5 Versicherungsjahre mit 60.

Pensionshöhe Steigerungsprozentsatz $37,5 \times 1,84 = 69 \%$ von EUR 690,- (Durchrechnungsverlust noch nicht berücksichtigt, 2007 werden bereits bis zu 19 Jahre herangezogen) sind EUR 476,10.

Das sind minus 8% - entspricht einem jährlichen Verlust von EUR 580,-.

Dazu kommen rund 2% dauerhafter Verlust aufgrund des Entfalls der ersten Pensionsanpassung. Ergibt einen Gesamtverlust von 10%. Hinzu kommt noch ein Durchrechnungsverlust von mehr als 2%, ergibt einen maximalen Gesamtverlust von 12%.

KINDERBETREUUNGSGELD FÜR ALLE

Die Einführung des "Kinderbetreuungsgelds für alle" stellt eine Maßnahme dar, die zum Ziel hat, die Betreuung der Kinder wieder stärker in die Familie zu verlagern und ist im Prinzip nichts anderes als eine Mutterschaftsprämie (und kein Ersatz für entgangene Erwerbseinkünfte). Es reicht bei weitem nicht aus, um die Existenz von Mutter und Kind zu sichern. D.h. Alleinerzieherinnen können es oft gar nicht in Anspruch nehmen, da sie einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen, um ihre Existenz zu sichern. Durch die fehlenden Kinderbetreuungsplätze (besonders im ländlichen Bereich) führt dies zu erheblichen Problemen für die betroffenen Frauen. Es ist bezeichnend dass kein erhöhtes Kindergeld für AlleinerzieherInnen vorgesehen ist und es auch keine Pläne für die Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze gibt. Das Kinderbetreuungsgeld ist ausgerichtet auf die traditionelle Kleinfamilie (die es noch dazu in der Praxis immer seltener gibt), in der der Mann die Familie erhält und die Frau entweder gar nicht arbeitet oder bei der Geburt der Kinder (zumindest für die ersten drei Jahren) zu arbeiten aufhört und danach einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht.

TEILZEIT ALS ARMUTSFALLE

Auch das von der Regierung gefeierte "Recht auf Teilzeit" wird für Frauen zur Armutsfalle. Abgesehen davon, dass es ohnehin nur für eine Minderheit der Beschäftigten gilt, bedeutet es, dass Frauen noch weiter in Teilzeitjobs abgedrängt werden, die nicht existenzsichernd sind. Dadurch steigt die Abhängigkeit vom Partner bzw. wird das Ausscheiden aus dem Berufsleben gefördert, weil eine eigenständige Erwerbstätigkeit sich immer weniger rechnet.

Die SLP fordert stattdessen Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei einem Mindestlohn von 1100.- Euro netto, und die flächendeckende Versorgung mit kostenloser Kinderbetreuung um Frauen einen Arbeitsplatz und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

MUTTERPENSION KÄRNTEN

Einen Schritt weiter geht der Kärntner Landeshauptmann Haider, der bei seinem Landtagswahlkampfauftakt 2004 ankündigte, für Kärntnerinnen eine "Mütterpension" und eine "Geburtenprämie" einführen zu wollen. Die Geburtenprämie soll für jedes Kind ausgezahlt werden, die Mütterpension sollen Frauen mit drei oder mehr Kindern bekommen, die selbst keine Pension oder nur eine sehr geringe (bis 300 Euro) bekommen. Weitere Maßnahmen, die nicht darauf abzielen, Frauen mit Kindern zu ermöglichen erwerbstätig zu sein und einen eigenen Pensionsanspruch zu erwerben, sondern eine Prämie für das Gebären und Aufziehen von Kindern um die Ge-

burtenzahlen zu erhöhen. Doch ausschlaggebend ob sich Frauen dafür entscheiden Kinder zu bekommen ist in erster Linie, ob es genügend Kinderbetreuungsplätze gibt und eine soziale Absicherung besteht. Tatsächlich ist Kärnten bei Kinderbetreuungsplätzen Schlußlicht von allen Bundesländern mit nur 25 Plätzen je 1.000 EinwohnerInnen (Ö 32, Wien 40).

INFRAGESTELLUNG DES RECHTS AUF ABTREIBUNG

Die Diskussion um die Fristenlösung war und ist unter anderem davon geprägt, Frauen in ein verstärktes Abhängigkeitsverhältnis gegenüber "ihren" Männern zu drängen. So sollte laut ehemaligem "Frauen"minister Haupt Abtreibung nicht die alleinige Entscheidung der Frau bleiben(d.h. sie braucht die Erlaubnis des Mannes). Frauen soll damit das Recht abgesprochen werden, selbst zu entscheiden, was mit ihrem Körper passiert und fähig zu sein, selbst über Dinge, die für sie und ihr Leben wichtig sind, zu entscheiden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, zu betonen, dass es in der Diskussion um die Fristenlösung, nicht nur um die Erhaltung des Ist-Zustandes gehen sollte. Vielmehr geht es auch darum, dass Frauen die sich für eine Abtreibung entscheiden diese ohne ökonomischen und moralischen Druck durchführen lassen können. Die SLP fordert stattdessen:

- ▶▶ Abtreibung auf Krankenschein, damit es zu keiner finanziellen Frage wird ob eine Frau sich für oder gegen eine Abtreibung entscheidet, aber auch damit die betroffenen Frau entkriminalisiert wird
- ▶▶ Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln ist speziell für junge Frauen, die kein eigenes Geld haben sehr wichtig
- ▶▶ die Möglichkeit, in jedem Bundesland Abtreibungen durchführen lassen zu können.

Die Politik der schwarz blauen Regierung treibt Frauen in eine stärkere ökonomische Abhängigkeit zu Männern und erhöht den sozialen Druck der auf Frauen ausgeübt wird. Vielfach wird ökonomische Unabhängigkeit von Frauen erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Jetzt bestellen!

Krise des Kapitalismus
Wer soll das bezahlen?
Sozialistische Antworten auf
Sozialabbau und Armut

A5, 56 Seiten, EUR 4,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733
zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!



Wer die Methoden der Pro-Life-AktivistInnen kennen gelernt hat, wundert sich, dass sie seit so langer Zeit unbehelligt ihre Aktivitäten durchführen können. Ganz besonders in Wien mit einer absoluten SPÖ-Mehrheit. Auf Anfrage wurde von den SPÖ-VertreterInnen zwar volle Unterstützung für das Bestehen der Lucina-Klinik kundgetan, aber in der Praxis hat sich bis jetzt nichts an der Situation verbessert.

Die Wiener SPÖ hat es bis jetzt verabsäumt, für eine Lösung bei der Lucina-Klinik zu sorgen und ihr Räumlichkeiten in einer Krankenanstalt zur Verfügung zu stellen. Auch die Einführung einer Bannmeile rund um Kliniken wurde mit Verweis auf die rechtliche Situation nicht umgesetzt. Das Bekenntnis zur Fristenlösung ist zwar vorhanden, aber das aktive Eintreten für das Recht der Frauen, dieses auch unbehelligt wahrzunehmen, schon nicht mehr. In Diskussionen ist spürbar, dass wir es - auch wenn die Mehrheit der ÖsterreicherInnen mit der Fristenlösung einverstanden ist - mit einer Frage zu tun haben, die immer noch als Tabuthema gehandelt wird. Wichtig ist uns deshalb, dass es nicht nur um die Verteidigung der Klinik und die Fristenlösung geht, sondern auch um generelle Angriffe auf Frauenrechte. So ist es kein Zufall, dass sich die radikalen AbtreibungsgegnerInnen gerade jetzt im Aufwind fühlen, wo immer mehr Frauenrechte in Frage gestellt werden. Und in dieser Situation könnte auch die Fristenlösung wieder zurückgenommen oder zumindest eingeschränkt werden.

Einer der Erfolge im Rahmen unserer Kampagne war, dass die SPÖ-Regierung in Wien aufgrund des wachsenden Druckes gezwungen war, die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche in Wiener Gemeindespitalern zu senken. Seit 1. Jänner 2003 ist es in den Wiener Gemeindespitalern möglich, einen Schwangerschaftsabbruch als ambulante Leistung durchführen zu lassen. Statt bisher bis zu 963 Euro kostet der Abbruch jetzt 275 Euro. Die SPÖ Wien stand unter Handlungsdruck. Nachdem es bis jetzt keine Lösung für die Lucina-Klinik zur Unterbringung in Räumlichkeiten der Gemeindespitaler gegeben hat, wurde somit eine Verbesserung der Situation in den eigenen Spitalern herbeigeführt. Dieser erste Schritt ist positiv, aber an der Situation vor den Kliniken ändert sich dadurch noch nichts.

Auch an der Umsetzung in den Gemeindespitalern mangelt es nach wie vor (siehe Erfahrungsbericht). Es ist ein Versagen der österreichischen Gesundheits- und Frauenpolitik, dass nach dem Inkrafttreten der Fristenregelung keine öffentlichen Einrichtungen geschaffen wurden, sondern diese Aufgabe privaten Anbietern überlassen wurde und die Kosten nicht von den Krankenkassen übernommen werden.

Von der SLP wurden 5318 Unterschriften, die in der Lucina-Klinik von PatientInnen gesammelt wurden, im Juni 2003 an Stadträtin Pittermann übergeben - gemeinsam mit Forderungen an die Stadtregierung, für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch aktiv zu werden. Die Unterschriften wurden direkt in der Lucina-Klinik von PatientInnen zu folgendem Text gesammelt: "Die Krankenanstalt MAIRO (Anm.: jetzt LUCINA) bittet ihre Patienten höflichst, mit ihrer Unterschrift zu dokumentieren, dass die Organisation HLI (Human Life International), die ihre Aktivisten vor dem Haustor Große Sperlgasse 33 postiert haben, als frauenfeindlich, durch Psychoterror die garantierte freie Entscheidung der Frau völlig ignorieren, das demokratische Recht Österreichs auf das schändlichste missbrauchen - und somit mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen ist."

Die Tatsache, dass eine kleine Privatklinik mehr als 5000 Unterschriften gegen die Aktivitäten der radikalen AbtreibungsgegnerInnen sammelt, zeigt, welche Möglichkeiten die SPÖ mit ihren tausenden Mitgliedern und ihrem riesigen Apparat hätte. Insbesondere die Wiener SPÖ-Frauen wurden von der Klinik-Leiterin, der SLP und anderen AktivistInnen über die Zustände vor den Abtreibungskliniken aufmerksam gemacht. Es gab seitens der SPÖ weder Artikel in den Bezirkszeitungen, noch eine Beteiligung an Kundgebungen.

Das alles ist ein Zeichen dafür, dass seitens der SPÖ kein wirkliches Interesse besteht, Zustände herzustellen, in denen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ohne Schikanen wahrgenommen werden kann. Während die SPÖ in den 1970er Jahren noch eine fortschrittliche Rolle spielte, indem sie sich für die Einführung der Fristenlösung einsetzte, so sorgt sie heute nicht einmal im eigenen Machtbereich dafür, dass das Frauenrecht auf Abtreibung umgesetzt wird. In den 70er Jahren war die SPÖ noch eine ArbeiterInnenpartei, der Druck aus der ArbeiterInnenbewegung spiegelte sich in ihr wieder. Damals sahen Frauen der ArbeiterInnenklasse die SPÖ als ein Instrument für die Durchsetzung ihrer Forderungen. Seither hat sich die SPÖ aber verändert - sie ist keine ArbeiterInnenpartei mehr. Sie wird von ArbeiterInnen nicht mehr als ihre Partei gesehen, in ihrer Ideologie und ihrer praktischen Politik ist sie verbürgerlicht und trägt die neoliberale Logik des Kapitalismus mit. Deswegen verteidigt sie heute nicht einmal ihre eigene Errungenschaft - das Recht auf Schwangerschaftsabbruch.

Erfahrungsbericht: Die Situation in den Wiener Spitälern

"Es ist mir ein Anliegen, die optimale Versorgung der Frauen sicherzustellen. Aus diesem Grund habe ich dieses Angebot in den städtischen Krankenanstalten initiiert." (Gesundheitsstadträtin Pittermann, Oktober 2003)

Ein Erfahrungsbericht von J. (Name der Radaktion bekannt) auf der Suche nach einem Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in Wien zeigt, dass die Situation keineswegs optimal ist. Frauen müssen sich die Information mühsam zusammensuchen, die Beratung muss meist extern und zu eingeschränkten Zeiten in Anspruch genommen werden, Anonymität ist nicht gegeben und die Abbrüche finden auf der Gynäkologie statt, wo auch hochschwängere Frauen behandelt werden. Ein Angebot, das offensichtlich nicht danach ausgerichtet ist, dass es von vielen Frauen in Anspruch genommen wird.

KAISER-FRANZ-JOSEF-SPITAL

Die Krankenschwester am Telefon konnte keine detaillierten Auskünfte geben und verwies auf die Familienberatungsstelle im Haus. Die Beratung ist nur mittwochs zwischen 15 und 17 Uhr erreichbar, außerhalb dieser Zeiten können auch keine Termine vereinbart werden. Die Beratung ist Pflicht. Die Frage nach Anonymität konnte am Telefon nicht beantwortet werden. Beim zweiten Anruf (zur angegebenen Beratungszeit) ist die Gesprächspartnerin ungeduldig und im Laufe des Gespräches auch immer unfreundlicher. Bei diesem Gespräch stellt sich heraus, dass der Abbruch nur bis zur zehnten Woche vorgenommen wird.

WILHELMINENSPITAL

Auch hier der Hinweis, dass zuerst die Beratung stattzufinden hat. Dazu wird die Adresse und Telefonnummer einer "Familienplanungsstelle" gegeben. Ruft frau dort an, stellt sich heraus, dass diese nur Montag und Freitag von 8-12 und Dienstag von 13:30-19 Uhr geöffnet ist.

SOZIALMEDIZINISCHES ZENTRUM OST

Beim Anruf erfährt frau, dass derzeit keine Abbrüche durchgeführt werden.

KRANKENHAUS LAINZ

Die Gesprächspartnerin am Telefon ist sehr ungeduldig, spricht sehr

schnell und nimmt sich wenig Zeit für die Fragen. Abbrüche werden ausschließlich donnerstags mit Überweisungs- /Facharztschein durchgeführt. Auf die Frage ob bei der Untersuchung in der Ambulanz die Schwangerschaft festgestellt wird, antwortet die Gesprächspartnerin in herausfordernd aggressivem Ton: "Sie sollten schon wissen, ob sie schwanger sind".

RUDOLFSTIFTUNG:

Sehr freundliche Gesprächspartnerin, ausführliche Auskunft über mitzubringende Unterlagen. Auch hier muss vorher eine externe Beratung in Anspruch genommen werden, die nur am Donnerstag von 15 - 18 Uhr geöffnet ist. Bei mehreren Anrufen in der Beratungsstelle zur genannten Zeit an drei aufeinanderfolgenden Donnerstagen hebt niemand ab oder es schaltet sich ein Tonband ein. Einmal wird die Auskunft erteilt, dass die Beratungsstelle täglich zwischen 7 und 14 Uhr erreichbar ist.

SEMMELWEIS-KLINIK

Die Gesprächspartnerin am Telefon ist sehr unfreundlich und ungeduldig. Beratung wird nur dienstags in der Zeit von 15-18 Uhr angeboten. Ein Termin für einen Abbruch wird erst nach dem Beratungsgespräch vergeben. Beides ist nicht anonym möglich. Die andere Gesprächspartnerin in der Beratungsstelle ist nett und auskunftsbereit. Sie betont, dass es gut wäre, zu den Beratungszeiten zu kommen, weil dann nicht so viel los ist (nicht so viele hochschwängere Patientinnen!). Der gesamte Ablauf nimmt laut Auskunft zwei bis drei Tage an Terminen in Anspruch: Blutabnahme, HIV-Test (!), Abbruch.

AKH UND PILLE DANACH

Bekannt geworden sind auch die Probleme, die Frauen im AKH bekommen, wenn sie sich die "Pille danach" verschreiben lassen wollen. Teilweise wird die Verschreibung aus "ethnischen Gründen" verweigert. Der Präsident der Ärztekammer, Dorner, verteidigt das mit dem Hinweis, die "Pille danach" diene ja nur dem Vergnügen und dem Spaß. Wenn ein Mädchen schwanger würde, weil sie aufgrund einer Abweisung die "Pille danach" erst zu spät bekommen hätte, wäre das seiner Ansicht nach nicht so tragisch. Unsere Gesellschaft sollte, so Dorner, "emanzipiert" genug sein, das Mädchen aufzunehmen, sie nicht schief anzusehen und sie wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern!

Internationale Situation

Jedes Jahr führen nach Schätzungen 46 Millionen Frauen einen Schwangerschaftsabbruch durch, davon knapp die Hälfte unter unsicheren Bedingungen. Ob Abtreibung im jeweiligen Land erlaubt ist oder nicht, hat keinen Einfluss auf die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche, sondern nur auf die gesundheitliche Gefährdung der betroffenen Frauen. Jährlich sterben etwa 78.000 Frauen an den Folgen illegaler Abtreibungen. Darüber hinaus geht die WHO davon aus, dass weitere 6 bis 7 Millionen Frauen anhaltende gesundheitliche Komplikationen erfahren. Weltweit gibt es sehr unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen - von völligem Verbot über Staaten, die einen Schwangerschaftsabbruch aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen zulassen bis zu jenen, in denen er legal oder straffrei ist.

In Europa ist es in Polen und Portugal nur aus medizinischen Gründen möglich eine legale Abtreibung durchführen zu lassen, in Malta und Irland ist Abtreibung generell verboten. Auf die Anzahl der Geburten haben diese Verbote keinen Einfluss, wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich ist.

Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2000

Länder mit Fristenlösung	
Norwegen	1,85
Schweden	1,54
Holland	1,72
Italien	1,23
Länder mit Indikationenlösung	
Irland (absolutes Abtreibungsverbot)	1,89
Grossbritannien	1,65
Schweiz	1,50
Portugal (restriktive Praxis)	1,50
Polen (sehr restriktive Praxis)	1,34
Spanien	1,24

Quelle: www.svss-uspda.ch/de/facts/geburtenzahl.htm

Ob eine Frau Kinder bekommt oder nicht hängt also offensichtlich von anderen Faktoren (z.B. soziale Situation, Kinderbetreuungseinrichtungen u.s.w.) ab.

In allen anderen europäischen Ländern beinhaltet das Gesetz Fristen bis zu denen eine Schwangerschaft abgebrochen werden kann. Trotzdem gibt es einige entscheidende Unterschiede: so werden in einigen Ländern wie Frankreich, Belgien, Deutschland, Holland und der Schweiz die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch von der Krankenkasse übernommen. In Frankreich ist die Gesetzgebung auch in anderer Hinsicht wesentlich liberaler als in anderen Ländern (wie z.B. Österreich): so sind Spitäler verpflichtet auf Verlangen eine Abtreibung durchzuführen d.h. die gynäkologische Abteilung eines Spitals muss Schwangerschaftsabbrüche anbieten, wiewohl der einzelne Arzt nicht dazu verpflichtet werden kann.

Im folgenden eine kurze Übersicht über europäische Länder in denen Abtreibung gar nicht oder nur aus medizinischen Gründen erlaubt ist.

PORTUGAL

Nach portugiesischem Recht drohen Frauen die eine Abtreibung vornehmen lassen eine bis zu drei Jahre lange Haftstrafe. Ausgenommen sind Abtreibungen aus medizinischen Gründen und nach einer Vergewaltigung. ÄrztInnen und Hebammen müssen mit noch wesentlich längere Haftstrafen rechnen. In der Praxis wird restriktiv vorgegangen, was verschiedene Prozesse und Urteile der letzten Jahre zeigen. So wurden bei einem Prozess 2002 gegen 43 Frauen und Männer, die wegen illegaler Abtreibung angeklagt waren, eine Hebamme zu achteinhalb Jahren und sieben Frauen zu Haftstrafen zwischen 45 Tagen und fünf Monaten verurteilt. Resultat der restriktiven Gesetzgebung: In den Spitälern werden pro Jahr nur einige hundert Schwangerschaftsabbrüche aus medizinischen Gründen vorgenommen. Die illegalen, oft unfachgemäss durchgeführten Abtreibungen werden auf 20.000 jährlich geschätzt. Allein im vergangenen Jahr mussten sich 11.000 Frauen wegen Komplikationen aus illegalen Pflückerabtreibungen in Spitalbehandlung begeben. Fünf Frauen starben. Frauen, die es sich leisten können, reisen zum Schwangerschaftsabbruch ins Ausland, nach Spanien, Holland oder England.

POLEN

1993 wurde in Polen die Abtreibung verboten. In drei Fällen ist sie strafrei möglich: Gefahr für die Mutter, Behinderung des Kindes und nach einer Vergewaltigung. Doch die Frau muss beweisen, dass sie vergewaltigt

wurde. Die dazu notwendigen Prozesse dauern meist weit über die ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft hinaus, in denen die Abtreibung möglich wäre.

Sollte Frau dann den nötigen Abtreibungsschein in der Hand halten, ist es noch nicht geschafft. ÄrztInnen dürfen aus Gewissensgründen eine Abtreibung ablehnen, selbst wenn einer der Abtreibungsgründe zutrifft. Dabei ist das Gewissen vieler Ärzte vom Geldbeutel der betroffenen Frau abhängig. Im Zweifel braucht Frau dann auch keinen Abtreibungsschein mehr. Im Jahre 2000 gab es 138 offizielle Abtreibungen. Die Schätzungen über illegale Abtreibungen liegen laut einem Bericht der polnischen "Föderation für Frauen und Familienplanung" bei mindestens 80'000 bis 200'000. Die Zahl der ausgesetzten Kinder hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Ab 1956 war in Polen der Schwangerschaftsabbruch liberal geregelt. Ein Abbruch aus sozialen Gründen war erlaubt und wurde an öffentlichen Spitälern kostenlos durchgeführt. Nach dem Niedergang des stalinistischen Regimes wurde 1993, unter dem erstarkten Einfluss der katholischen Kirche, der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch gesetzlich radikal eingeschränkt. Das häufig gebrachte Argument die Geburtenzahlen würden durch ein Verbot der Abtreibung steigen, wird am Beispiel Polen widerlegt. Das Gegenteil ist der Fall: Lag die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 1990 noch bei 2 sank sie 1995 auf 1,61 und liegt jetzt bei 1,34 und zählt damit zu einer der niedrigsten in ganz Europa. Tatsächlich ist die Geburtenrate mit der Verschlechterung der sozialen Situation im Zuge der Restauration des Kapitalismus zurückgegangen. Frauen, die es sich leisten können, fahren heuteins Ausland nach Russland, Deutschland oder Holland.

IRLAND

Anfang der neunziger Jahre ereignete sich in Irland der so genannte "X-Fall" - ein vierzehnjähriges Mädchen wurde nachdem sie vom Vater einer Freundin vergewaltigt worden war schwanger. Unter Berufung auf die Verfassung wurde dem Mädchen zunächst verboten auszureisen um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Auf einen Einspruch der Eltern hin entschied das Oberste Gericht 1992 dann doch, dass die Selbstmordgefährdung des Mädchens zum Abbruch der Schwangerschaft berechtige. Im November des gleichen Jahres wurde in einer Volksabstimmung eine Verfassungsänderung beschlossen, die es Frauen ausdrücklich erlaubt, für einen Abbruch ins Ausland zu fahren und in Irland diesbezüglich Informationen zu erhalten. Inzwischen reisen jährlich mindestens 6'500 Irinnen zum Schwangerschaftsabbruch nach England. Die Abtreibungsrate der Irinnen entspricht jener von Ländern mit einer Fristenregelung.

MALTA

In Malta ist jeder Schwangerschaftsabbruch verboten - sogar wenn eine Lebensgefahr für die Frau besteht! Das führte dazu, dass eine schwangere Russin durch Gerichtsbeschluss im Gefängnis fest gehalten wurde, weil sie in ihrem Heimatland ihre Schwangerschaft abbrechen wollte. Die Russin sollte als illegale Immigrantin aus Malta ausgewiesen werden, als ihr "Freund" vor Gericht klagte, sie sei von ihm schwanger und wolle in Russland abtreiben. Das würde sein "Recht als 'Vater' " und das "Recht auf Leben des Kindes" verletzen.

Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus, Kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung!

Organisationen wie HLI streben ein Verbot und damit eine Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs an und haben in den letzten Jahren einen bedrohlichen Aufschwung durchgemacht. Aber warum gibt es diese Angriffe gerade jetzt?

Es ist kein Zufall, dass diese Angriffe in einer Zeit passieren, wo Regierungen in Europa und in anderen Teilen der Welt eine neoliberale Offensive betreiben. Das Erstarren eines reaktionären Frauenbildes hat handfeste wirtschaftliche Interessen. Durch Privatisierung, Flexibilisierung und Sozialabbau werden Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung in ungeheurem Tempo beseitigt. Insbesondere Frauen sind von Sozialabbau und von Lohnverlusten durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeit (vor allem durch einen Anstieg der Teilzeitbeschäftigung) betroffen. Wir sehen den Vorstoß der radikalen AbtreibungsgegnerInnen als Teil dieses gesamtgesellschaftlichen Rückschritts. Es wird wieder verstärkt versucht, Frauen raus aus der Erwerbsarbeit und hinein in "ihre" Rolle als Mutter und Hausfrau drängen. Das Jammern von zahlreichen PolitikerInnen über die niedrigen Geburtenraten gehört dazu ebenso, wie die fehlenden öffentlichen Kinderbetreuungsplätze.

Damit Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können, ist eine wesentliche Voraussetzung, dass sie ökonomisch unabhängig sind. Das steht aber im Widerspruch zu den Notwendigkeiten des Kapitalismus. Im Moment verrichten Frauen einen großen Teil der unbezahlten Betreuungs- und Versorgungsarbeit. Das spart den Unternehmern Geld (das sie sonst in Form höherer Löhne zahlen müssten), erhöht ihre Profite - und Frauen bleiben dadurch ökonomisch abhängig. Die Ausbeutung von Frauen ist Teil des Fundaments der Klassengesellschaft und damit des kapitalistischen Systems. Im Kapitalismus wird es immer Sexismus und Ausbeutung von Frauen geben. Die SLP als Teil des CWI (Comittee for a Workers International) kämpft daher für den Sturz des Kapitalismus und für eine weltweite sozialistische Gesellschaft, in der die materiellen Grundlagen - wie Arbeitsplatz,

Wohnung, Kinderbetreuungseinrichtungen, freier Zugang zu Wasser- und Stromversorgung usw. für alle vorhanden sind. Weil das Profitstreben in der kapitalistischen Gesellschaft soziale und politische Errungenschaften permanent in Frage stellt, wird mit der Abschaffung des Kapitalismus auch die ökonomische Grundlage für eine Gesellschaft ohne Sexismus und Rollenbilder geschaffen. In einer sozialistischen Gesellschaft stehen die Bedürfnisse der Menschen und nicht die Profite im Mittelpunkt. Sozialismus bedeutet das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Es besteht keine ökonomische "Notwendigkeit" mehr für die Ausbeutung von Frauen und erst dadurch ist ein wirklich selbstbestimmtes Leben und damit auch eine freie Entscheidung für oder gegen ein Kind möglich.

Der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ist vom Kampf für Frauenrechte nicht trennbar. In den kapitalistischen Staaten gab und gibt es keine feste Meinung zum Schwangerschaftsabbruch, sondern ist diese von den Bedürfnissen des Kapitals einerseits und dem Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnenklasse und Kapital andererseits abhängig. Wenn sich die Interessen des Kapitals ändern und sich die ArbeiterInnenklasse in der Defensive befinden, kann ein längst erkämpftes Recht wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch auch wieder in Frage gestellt und abgeschafft werden.

30 Jahre nachdem die Fristenlösung im österreichischen Parlament beschlossen wurde, ist es notwendig, dieses Frauenrecht wieder zu verteidigen. Im Kapitalismus sind weder Frauenrechte noch die Gesundheitsvorsorge gewährleistet, wie die Angriffe auf Frauenrechte und die geplanten Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitswesens zeigen. Es ist ein Versagen der österreichischen Gesundheits- und Frauenpolitik, dass nach dem Inkrafttreten der Fristenlösung keine öffentlichen Einrichtungen geschaffen wurden, sondern diese Aufgabe privaten Anbietern überlassen wurde. Dadurch ist es überhaupt erst möglich geworden, dass mit Schwangerschaftsabbruch Profit gemacht wird. Um eine umfassende Gesundheitsversorgung für Frauen zu ermöglichen, fordern wir eine Schaffung von selbstorganisierten Frauengesundheitszentren in öffentlicher Hand, die auch Beratung und Behandlung bei Schwangerschaftsabbrüchen anbieten. Gesundheit ist ein menschliches Grundrecht, das im Rahmen des Kapitalismus immer wieder in Frage gestellt wird. International sehen wir Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitswesen, die Verschlechterungen vor allem für Frauen bedeuten. Die SLP tritt daher auch für die Vergesellschaftung des Gesundheitswesens ein. Die Bedürfnisse der Beschäftigten und PatientInnen müssen im Mittelpunkt stehen und das Gesundheitswesen muss der Profitlogik entzogen werden.

Pro-Life stoppen! Werden Sie aktiv!

Wir von der Sozialistischen LinksPartei sind seit mehreren Jahren aktiv für das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung. Wir sehen Schwangerschaftsabbruch als ein Recht von Frauen, die sich in einer bestimmten Lebenssituation gegen ein Kind entscheiden. In dieser Situation sollen sie die bestmögliche Versorgung bekommen. Weltweit sterben nach wie vor Frauen, weil Schwangerschaftsabbruch illegal ist und unter unzureichenden medizinischen Bedingungen durchgeführt wird. Wenn es nach den religiösen Fundamentalisten der Pro-Life Bewegung geht, dann soll der Schwangerschaftsabbruch auch in Österreich wieder verboten werden.

Die radikalen Abtreibungsgegner müssen gestoppt werden und das kann nur gelingen, wenn möglichst viele aktiv werden. Möglichkeiten unsere Kampagne zu unterstützen gibt es zahlreiche: Die Beteiligung an Diskussionen, Kundgebungen und sonstigen Aktionen, das Sammeln von Unterstützungserklärungen sowie das Sammeln von Spenden und vieles mehr.

Der Terror, den die radikalen AbtreibungsgegnerInnen relativ unbehelligt ausüben können und die damit in Zusammenhang stehende drohende Schließung der Lucina-Klinik ist Ausdruck für die Schwäche der Frauenbewegung. Als einzige Organisation verteidigen wir seit Jahren das Recht auf Abtreibung und die Lucina-Klinik konsequent und organisieren in vielen Teilen Österreichs Proteste gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen. Um diesen Kampf künftig noch entschlossener und erfolgreich führen zu können, braucht es eine starke, sozialistische Frauenbewegung.

Der Vorstoß der radikalen AbtreibungsgegnerInnen ist in Zusammenhang mit der gesamten Frauenpolitik bzw. der politischen Situation im Allgemeinen zu sehen. Der Kampf gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen braucht daher auch die Verbindung zu anderen sozialen Bewegungen. Wir waren und sind an Bewegungen gegen Rassismus und FPÖ, gegen Sozial- und Bildungsabbau und für Frauenrechte beteiligt und waren Teil der internationalen Antikriegsbewegung. Die Kampagne gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen ist für uns untrennbar mit dem Aufbau einer sozialistischen Frauenbewegung und dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbunden. Wir möchten Dich/Sie dazu einladen mit uns aktiv zu werden.

- ▶▶ Machen Sie bei unserer Kampagne mit!
- ▶▶ Schließen Sie sich den SLP-Frauen an!
- ▶▶ Treten Sie der SLP bei!

▶▶ **Telefon 01/524 63 10 E-Mail slp@slp.at Web www.slp.at**

Die SLP fordert ...

- ▶ Wir fordern eine Bannmeile für radikale AbtreibungsgegnerInnen rund um Kliniken und Arztpraxen. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, können wir uns dabei nicht auf die Polizei verlassen - deshalb ist es notwendig, dass Betroffene, Klinikpersonal und AnrainerInnen einen Schutz organisieren. Für eine Schließung der HLI-"Lebenszentren"!
- ▶ Aber nicht nur die Situation vor Arztpraxen und Privatkliniken, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, ist für Frauen beklagenswert. Seit 1. Jänner 2003 gibt es zwar in den Wiener Gemeindespitälern möglich, einen Schwangerschaftsabbruch als ambulante Leistung um 275 Euro durchführen zu lassen. An der Umsetzung mangelt es jedoch nach wie vor. Außerdem gibt es nach wie vor Bundesländer, in denen es offiziell nicht möglich ist, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Schwangerschaftsabbruch soll daher in allen öffentlichen Spitälern in eigenen Abteilungen möglich sein.
- ▶ Es ist ein Versagen der österreichischen Gesundheits- und Frauenpolitik, dass nach dem Inkrafttreten der Fristenlösung keine öffentlichen Einrichtungen geschaffen wurden, sondern diese Aufgabe privaten Anbietern überlassen wurde. Dadurch ist es überhaupt erst möglich geworden, dass mit Schwangerschaftsabbruch Profit gemacht wird. Deshalb: Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein!
- ▶ Die Lucina-Klinik ist vom Konkurs bedroht. Die Möglichkeit für Schwangerschaftsabbrüche muss erhalten und ausgebaut werden. Die Lucina-Klinik muss daher von der öffentlichen Hand übernommen, weitergeführt und in ein Frauengesundheitszentrum umgewandelt werden. Um eine umfassende Gesundheitsversorgung für Frauen zu ermöglichen, fordern wir die Schaffung von selbstorganisierten Frauengesundheitszentren, die auch Beratung und Behandlung bei Schwangerschaftsabbrüchen anbieten sowie eine Vergesellschaftung des Gesundheitswesens. Im Kapitalismus sind weder Frauenrechte noch die Gesundheitsversorgung gewährleistet, wie die Angriffe auf Frauenrechte und die geplanten Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitswesens zeigen.
- ▶ In den letzten Jahren hat das Wissen von Jugendlichen über Verhütungsmethoden abgenommen und es gibt - auch in Österreich - wieder mehr Teenagerschwangerschaften. Daher: Kostenlose Verbreitung von Verhütungsmitteln und umfassende Sexualberatung an den Schulen, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	3
DER LANGE KAMPF FÜR DIE FRISTENLÖSUNG	5
HUMAN LIFE INTERNATIONAL: CHRONOLOGIE DES TERRORS	8
Der ganz normale Wahnsinn vor den Kliniken	8
Harmlose Christen?Gewalttätige Fundamentalisten!	8
Einige Beispiele	9
Besonderer Schwerpunkt Lucina-Klinik	10
Kündigungsklage gegen Abtreibungsklinik	10
Österreichweit aktiv	13
HUMAN LIFE INTERNATIONAL UND DAS PRO-LIFE NETZWERK	14
Was ist HLI?	14
Jugend für das Leben	15
Unterstützung durch katholische Kirche	18
Aufschwung durch Blau-Schwarz	19
KLAGE GEGEN CLAUDIA SORGER (SLP-FRAUENSPRECHERIN)	22
FRAUENPOLITIK IN ÖSTERREICH	26
Wirtschaftspolitik auf dem Rücken von Frauen	27
Pensionsreform	28
Kinderbetreuungsgeld für alle	30
Teilzeit als Armutsfalle	30
Mutterpension Kärnten	30
Infragestellung des Rechts auf Abtreibung	31
SPÖ lässt Frauen im Stich	32
INTERNATIONALE SITUATION	36
KEINE FRAUENBEFREIUNG OHNE SOZIALISMUS, KEIN SOZIALISMUS OHNE FRAUENBEFREIUNG!	40
PRO-LIFE STOPPEN! WERDEN SIE AKTIV!	42
DIE SLP FORDERT ...	43